

Was kostet eine Ausbildungsgarantie in Deutschland?

Prof. em. Dr. Klaus Klemm
Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung



Was kostet eine Ausbildungsgarantie in Deutschland?

Prof. em. Dr. Klaus Klemm
Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Inhalt

Vorwort	4
Zusammenfassung	6
1. Junge Erwachsene im Übergangssystem: Bestandsaufnahme 2011	8
2. Junge Erwachsene im Übergangssystem: Perspektiven	12
3. „Übergänge mit System“: Ein Weg zur Ausbildungsgarantie	14
4. „Übergänge mit System“: Ausgaben für die Ausbildungsgarantie	16
5. Einordnung der Ergebnisse in einen größeren Kontext	19
Anhang	22
I. Methodische Hinweise, Datengrundlagen und Berechnungsannahmen	22
II. Tabellen 1 bis 12	33
III. Tabellen D1 bis D6	47
IV. Erläuterungen zu den Tabellen D1 bis D6	53
Literatur	56
Summary	58
Über den Autor	60
Impressum	62

Vorwort

Mit dieser Studie legt die Bertelsmann Stiftung erstmals eine bildungsökonomische Untersuchung zu den Kosten einer staatlichen Ausbildungsgarantie in Deutschland vor.

Europaweit zählt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu den Top-Themen auf der politischen Agenda. Fast ein Viertel aller Jugendlichen in der EU ist arbeitslos. Das sind mehr als 5 Mio. Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Am schlimmsten betroffen sind die südeuropäischen Krisenstaaten. Während die Jugendarbeitslosenquote dort zum Teil die 50-Prozent-Marke überschreitet, verzeichnet Deutschland mit 8 Prozent so wenig erwerbslose junge Menschen wie kein anderes EU-Land.

Eine genauere Analyse der Situation in Deutschland zeigt jedoch, dass wir einen Teil der Jugendarbeitslosigkeit verbergen und so ein systemisches Problem hegen und pflegen, durch das auch bei uns eine beachtliche Zahl an Jugendlichen eher auf die Erwerbslosigkeit zusteuert als auf ein reguläres Arbeitsleben. Im Jahr 2011 sind fast 300.000 junge Menschen statt in eine qualifizierte Berufsausbildung in den Übergangsbereich zwischen Schule und Ausbildung eingetreten. Dahinter verbergen sich Maßnahmen, die soziale Kompetenzen, versäumten Schulstoff oder erste praktische Erfahrungen vermitteln sollen. All das ist zwar prinzipiell hilfreich, bedeutet für viele Jugendliche letztlich aber verlorene Zeit, denn: Ein Berufsabschluss kann im Übergangsbereich nicht erworben werden. So bleiben trotz dieser Maßnahmen pro Jahr 150.000 Jugendliche langfristig ohne abgeschlossene Ausbildung.

Das ist ein Zustand, den wir uns angesichts knapper werdender Fachkräfte nicht länger leisten können – weder in sozialer noch in ökonomischer Hinsicht. Der Übergangsbereich belastet die öffentlichen Haushalte mit 4,3 Mrd. Euro im Jahr. Dieses Problem lässt sich auch demographisch nicht aussitzen: Bleibt das System so, wie es ist, werden selbst im Jahr 2025 noch bis zu 230.000 Jugendliche in teuren Übergangsmaßnahmen stecken. Besonders davon betroffen sind Jugendliche mit hohem Förderbedarf, die auch bei einem ausreichenden Ausbildungsplatzangebot nicht automatisch eine Lehrstelle finden. Denn mangelt es an der Qualifikation, werden Unternehmen ihren Fachkräftebedarf eher dadurch decken, dass sie gezielt Hochschulabsolventen und bereits ausgebildete Fachkräfte aus dem In- und Ausland anwerben. Verschärfend kommt hinzu, dass die Ausbildungsmarktsituation unterschiedlichen regionalen Einflüssen unterliegt und nicht in allen Branchen ausgeglichen sein wird. Die strukturellen Probleme des Übergangsbereichs bleiben also trotz demographischer Entlastung bestehen – und vor allem förderbedürftige Jugendliche dabei auf der Strecke.

Um Abhilfe zu schaffen, hat die Bertelsmann Stiftung Mitte 2009 die Initiative „Übergänge mit System“ ins Leben gerufen. Ziel dieser Initiative ist eine systemische Reform des Übergangsbereiches. Daran beteiligt sind 16 Ministerien aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin,



Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein sowie die Bundesagentur für Arbeit. Die Akteure haben gemeinsam ein Rahmenkonzept entwickelt, um den Maßnahmen-Dschungel zu lichten, der selbst für Fachleute kaum noch zu durchschauen ist. Kern dieses Konzeptes ist eine Ausbildungsgarantie.

Das bedeutet für die Praxis: Zukünftig sollen in einer Maßnahme tatsächlich nur Jugendliche qualifiziert werden, die wirklich noch nicht fit sind für eine Ausbildung. Diejenigen, die bereits ausbildungsfähig sind und trotzdem keine Lehrstelle finden, erhalten dagegen statt einer Maßnahme ein staatlich garantiertes Ausbildungsangebot. In Österreich hat sich ein entsprechendes Modell der Ausbildungsgarantie bereits seit Jahren bewährt. Es verhindert erfolgreich den Ausschluss junger Menschen vom Erwerbsleben: Dort, wo der Arbeitsmarkt keine Angebote machen kann, springt der Staat mit entsprechenden Ausbildungsangeboten ein.

Eine ganz wesentliche Frage bei der Einführung einer solchen Ausbildungsgarantie ist natürlich die nach den Kosten. Die Bertelsmann Stiftung hat deshalb Prof. Klaus Klemm* gebeten, die zusätzlichen Ausgaben und möglichen Einsparungen durch eine Ausbildungsgarantie zu berechnen. Verglichen mit dem bisherigen System, ist eine Ausbildungsgarantie natürlich zunächst einmal teurer, da die Jugendlichen ja auch länger in einem Bildungssystem verbleiben und zu einem Abschluss geführt werden. Diese Investitionen von jährlich 1,5 Mrd. Euro würden sich jedoch lohnen: Stellt man ihnen die Kosten des derzeitigen Übergangssystems sowie die Folgekosten unzureichender Bildung gegenüber, zeigt sich, dass die öffentlichen Haushalte langfristig das Doppelte der erforderlichen Investitionen für die Reform durch die Reform wieder einsparen bzw. zurückgewinnen würden.

Das duale System ist schon lange ein zentraler Erfolgsfaktor für die berufliche Bildung in Deutschland. Durch eine Reform des Übergangsbereiches könnten davon künftig noch mehr junge Menschen profitieren: Eine Ausbildungsgarantie erhöht die Teilhabe zukünftiger Generationen am Erwerbsleben und fördert die soziale Gerechtigkeit, sie stärkt aber auch die Wirtschaft durch besser qualifizierten Nachwuchs und entlastet die öffentliche Hand.

Dr. Jörg Dräger
Mitglied des Vorstandes
der Bertelsmann Stiftung

Frank Frick
Leiter des Programmes „Lernen fürs Leben“
der Bertelsmann Stiftung

* Prof. em. Dr. Klaus Klemm gebührt unser besonderer Dank für die konstruktive, vertrauensvolle und hochengagierte Zusammenarbeit bei dem komplexen Unterfangen, die Kosten einer Ausbildungsgarantie zu berechnen.

Zusammenfassung

Im Jahr 2011 wurden in Deutschland fast 300.000 junge Erwachsene in einem Teil des beruflichen Bildungssystems gezählt, in dem keine Berufsabschlüsse erworben werden können: im Übergangssystem. Hier verharren sie in Maßnahmen, aus denen vielen erst nach langer Zeit ein Wechsel in eine Berufsausbildung gelingt. Manche schaffen es auch nie, denn jedes Jahr bleiben 150.000 junge Menschen ohne Berufsabschluss. Für die Gesellschaft stellt dies eine gigantische Vergeudung der Fähigkeiten ihrer Bürger dar – gerade vor dem Hintergrund sinkender Bevölkerungszahlen und den derzeit allgegenwärtigen Klagen der Betriebe nach fehlenden Fachkräften.

Genau hier setzt die Initiative „Übergänge mit System“ an, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Übergangssystem zu reformieren. Im Rahmen der Initiative arbeitet die Bertelsmann Stiftung mit 16 Ministerien aus den neun Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein sowie mit der Bundesagentur für Arbeit zusammen. Die Initiative hat ein Rahmenkonzept vorgelegt, in dem sich die Akteure auf eine Ausbildungsgarantie verständigt haben. Demnach erhält jeder ausbildungsfähige Jugendliche einen Ausbildungsplatz – idealerweise im dualen System. Diejenigen Jugendlichen, die keine Lehrstelle in einem Betrieb finden, bekommen einen staatlich geförderten Ausbildungsplatz. Übergangsmaßnahmen beginnen nach dem Reformkonzept nur noch diejenigen, die noch nicht in der Lage sind, einen Beruf zu erlernen.

Mit einer Ausbildungsgarantie soll keinesfalls die herkömmliche duale Ausbildung abgelöst, sondern eine Alternative für diejenigen Jugendlichen geschaffen werden, die in diesem System nicht unterkommen. In der vorliegenden Studie wird ermittelt, was eine solche Ausbildungsgarantie kostet.

Die Berechnungen ergaben, dass für eine Ausbildungsgarantie – ohne Berücksichtigung von Ausbildungsvergütungen und Sozialversicherungsbeiträgen – bundesweit pro Jahr Ausgaben in Höhe von maximal 1,5 Mrd. Euro anfallen. Das entspricht 11.000 Euro für jeden, der erst aufgrund der Ausbildungsgarantie einen Platz erhält. Sollten die Unternehmen in Zukunft mehr Ausbildungsplätze anbieten als bisher, würden die Ausgaben für eine Ausbildungsgarantie niedriger ausfallen als 1,5 Mrd. Euro pro Jahr.

Aber auch wenn die Anzahl der von der Wirtschaft angebotenen Ausbildungsplätze konstant bleibt, rentiert sich langfristig der Mehraufwand für eine Ausbildungsgarantie. Denn im Verlauf von 35 Jahren stehen der Investition von 11.000 Euro pro zusätzlichen Teilnehmer Einsparungen von insgesamt 22.000 Euro gegenüber: durch höhere Einnahmen aus Lohnsteuer und Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung ebenso wie durch sinkende Ausgaben für Arbeitslosengeld und Sozialleistungen.



Die Erträge einer Ausbildungsgarantie sind für die Wirtschaft, die Gesellschaft und für jeden Einzelnen noch weit höher als in der Studie berechnet: Durch die Ausbildungsgarantie können jährlich bis zu 150.000 Jugendliche mehr als heute einen Berufsabschluss erreichen und der deutschen Wirtschaft als Fachkräfte zur Verfügung stehen. Damit wird der Fachkräftemangel reduziert und das Wirtschaftswachstum steigt. Für jeden Einzelnen, der eine Ausbildung erhält, sinkt das Risiko, arbeitslos zu werden. Auch erhöhen sich die Einkommenserwartungen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Eine Ausbildungsgarantie ist somit nicht nur ein rentables Instrument zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Das wird deutlich bei einem Vergleich der Ausgaben für verschiedene Bildungskarrieren. Eine Bildungskarriere von der Grundschule bis zum Abschluss einer öffentlich geförderten Ausbildung kostet 85.000 Euro. Von dieser Ausbildung profitieren vor allem benachteiligte Jugendliche. Das ist noch deutlich günstiger als die 120.000 Euro, die eine Bildungskarriere bis zum Universitätsabschluss kostet.

Das sind die zentralen Ergebnisse der Studie. Die Untersuchung gliedert sich in folgende Abschnitte: Im einleitenden Kapitel werden die aktuell zum Übergangssystem verfügbaren Daten präsentiert und kurz analysiert (1). Das zweite Kapitel illustriert die Perspektiven der jungen Erwachsenen, die sich im jetzigen Übergangssystem befinden (2). Daran anschließend wird das Rahmenkonzept „Übergänge mit System“ genauer vorgestellt und in seinen Grundgedanken skizziert (3). Im vierten Kapitel erfolgt eine Abschätzung der Ausgaben, die für das Konzept voraussichtlich aufgewendet werden müssen (4). Die ermittelten Ausgaben werden abschließend in den Kontext bildungökonomischer Untersuchungen gestellt, die sich mit der ökonomischen Bedeutung einer verbesserten Berufsbildung befassen (5). Die Studie wird ergänzt durch einen Methoden- und einen Tabellenteil sowie durch ein Literaturverzeichnis.

1. Junge Erwachsene im Übergangssystem: Bestandsaufnahme 2011

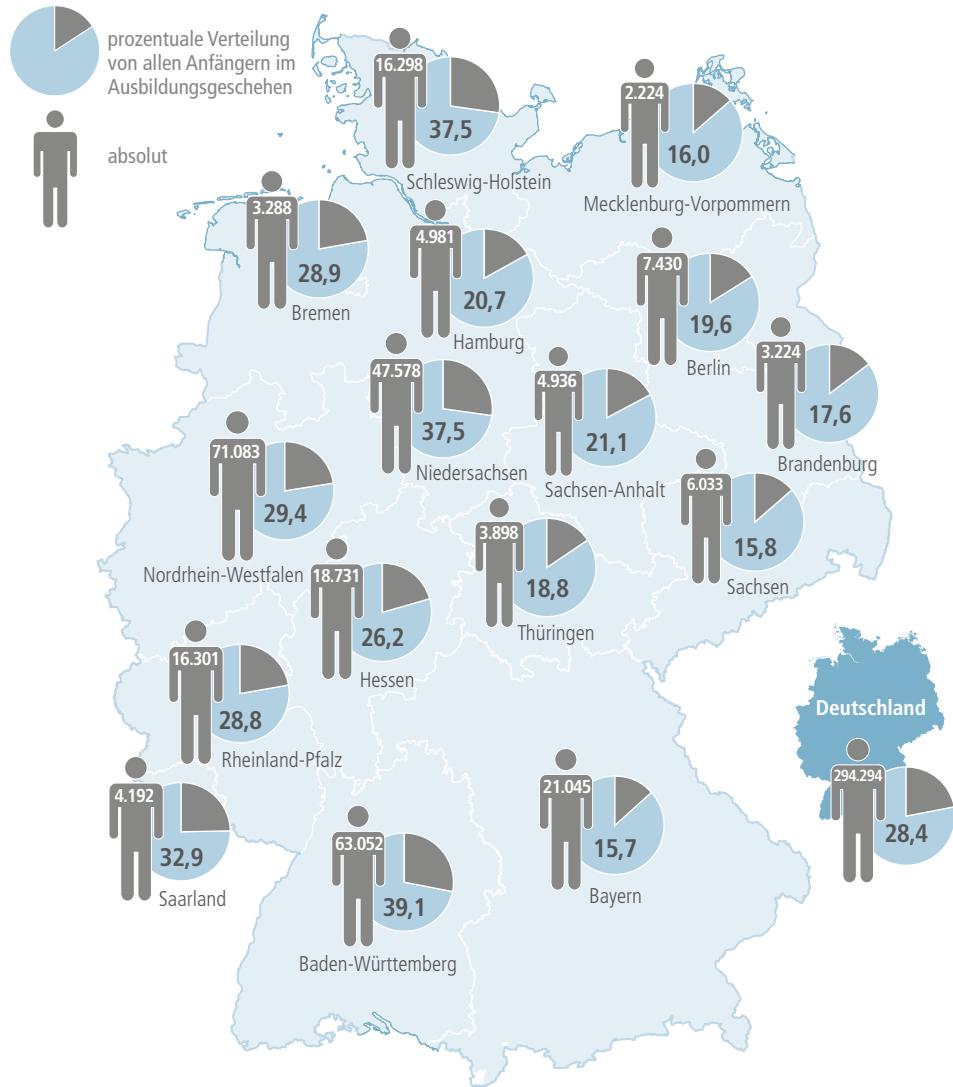
Seit Erscheinen des ersten Bildungsberichts „Bildung in Deutschland“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006) hat sich in der Berufsbildungsforschung eine Systematik durchgesetzt, die das berufliche Bildungssystem in drei Teilsysteme gliedert: das duale System, das Schulberufssystem mit seiner Ausbildung in Vollzeitschulen und das Übergangssystem (in der Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes „Übergangsbereich“ genannt – vgl. Statistisches Bundesamt 2012). Genau dieses Übergangssystem steht hier in der Expertise im Mittelpunkt. Charakterisiert wird es dadurch, dass es Bildungsgänge umfasst, „die es unversorgten Jugendlichen ermöglichen, ggf. der (Teilzeit-) Schulpflicht nachzukommen, allgemeinbildende Schulabschlüsse nachzuholen und sich beruflich zu orientieren. Diese Bildungsgänge vermitteln berufliche Grundkenntnisse, jedoch keine anerkannten Berufsabschlüsse“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012: 10).

Wie viele Neuzugänge in die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems eingehen, darüber informiert das Statistische Bundesamt. In seiner regelmäßig veröffentlichten „Integrierten Ausbildungsberichterstattung“ (iABE – zuletzt: Statistisches Bundesamt 2012) finden sich die aktuellen Daten dazu. Welche „Anfänger im Ausbildungssystem“ sich nun wirklich dem Übergangssystem zuordnen lassen, das kann im Einzelfall durchaus in Frage gestellt werden. Kritikwürdig ist zum Beispiel der Umstand, dass auch junge Menschen dem Übergangssystem zugeordnet werden, die ein Pflichtpraktikum vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen absolvieren oder an anrechenbaren Bildungsgängen an Berufsfachschulen teilnehmen, die eine berufliche Grundausbildung vermitteln. Gleichwohl folgt die hier vorgelegte Expertise der Systematik der „Integrierten Ausbildungsberichterstattung“ – nicht zuletzt auch aus Gründen der innerdeutschen Vergleichbarkeit.

Der jüngste dieser Berichte bezieht sich auf das Ausbildungsgeschehen im Jahr 2011. Ihm ist zu entnehmen, dass in diesem Berichtsjahr etwa 294.000 Neuzugänge im Übergangssystem gezählt wurden – gegenüber etwa 525.000 im dualen System und etwa 217.000 im Schulberufssystem (vgl. Tabelle 1). Dies bedeutet, dass 28,4 Prozent der Neuzugänge des gesamten beruflichen Bildungssystems in das Teilsystem gingen, das keinen qualifizierenden Berufsabschluss bietet. Es muss allerdings darauf verwiesen werden, dass aus den in der Integrierten Ausbildungsberichterstattung aufgeführten Daten nicht ersichtlich ist, ob es sich bei den Neuzugängen tatsächlich in jedem Einzelfall um Neuzugänge handelt oder ob unter den gezählten Anfängerinnen und Anfängern auch solche erfasst werden, die schon zuvor an einem Bildungsangebot des Übergangssystems teilgenommen haben. Da dies nicht aufzuklären ist und da der Anteil derer, die zum wiederholten Male an einem Angebot des Übergangssystems teilnehmen, nicht ermittelt werden kann, wird in der hier vorgelegten Untersuchung davon ausgegangen, dass alle Teilnehmer des Übergangssystems tatsächlich Neuzugänge sind. Das bedeutet, dass sowohl die Mehr- als auch die Mindestausgaben, die im Folgenden als Konsequenz aus einer Reform des Übergangssystems errechnet werden, tendenziell zu hoch angesetzt werden.



Abbildung 1: Anfänger im Übergangssystem 2011*



*Ohne Berücksichtigung von 27.121 Fällen, die in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen (mögliche Doppelzählungen) teilnehmen.

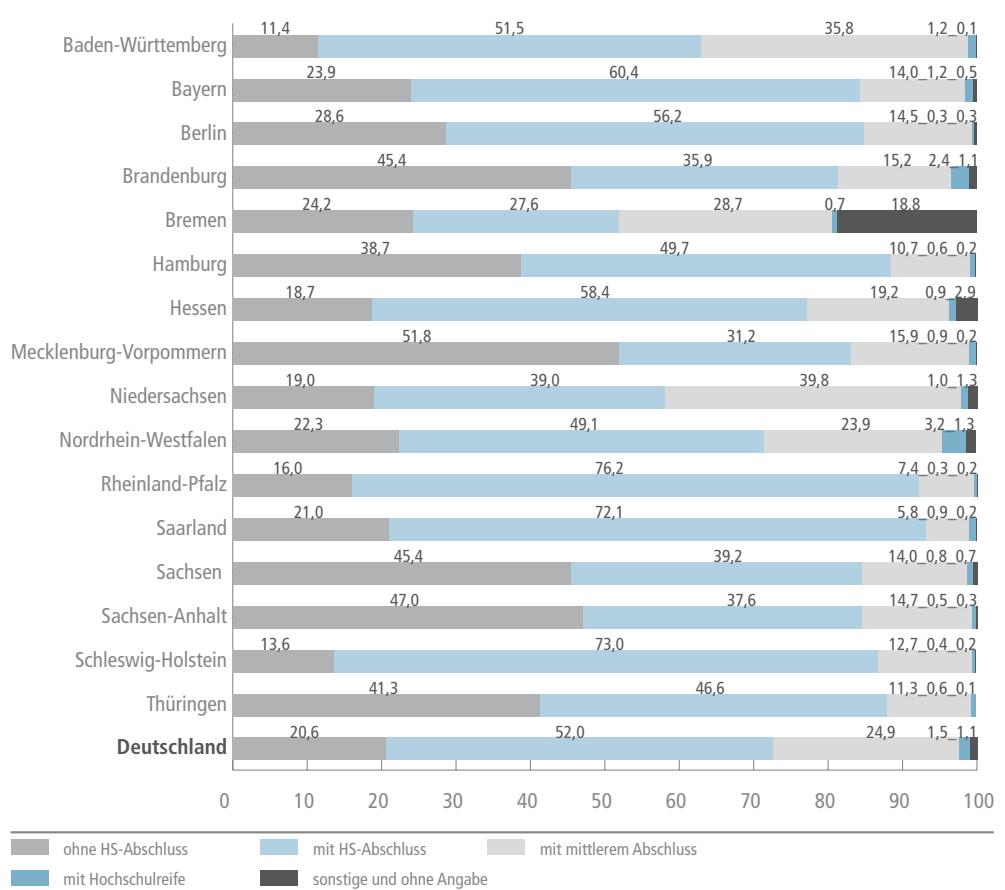
Quelle: Eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt: Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger im Ausbildungsgeschehen 2011 nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden 2012

| Bertelsmann Stiftung

Ein ländervergleichender Blick auf die Daten des Übergangssystems, die für 2011 berichtet werden, zeigt, dass das Gewicht des Übergangssystems innerhalb des gesamten Berufsbildungssystems sehr unterschiedlich ausfällt (vgl. Abbildung 1 bzw. Tabelle 1): Während in Bayern lediglich 15,7 Prozent der Neuzugänge im Übergangssystem gezählt wurden, waren es in Baden-Württemberg 39,1 Prozent, in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen jeweils 37,5 Prozent. Auffallend ist, dass die fünf neuen Bundesländer allesamt mit Werten zwischen 15,8 Prozent (Sachsen) und 21,1 Prozent (Sachsen-Anhalt) gegenüber dem Bundesdurchschnitt deutlich unterdurchschnittliche Anteile aufweisen.

Abbildung 2: Anfänger im Übergangssystem nach schulischer Vorbildung (2010)

Angaben in Prozent



Quelle: Eigene Berechnung auf der Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes (Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2010 – Datenübermittlung am 30.3.2012)

| Bertelsmann Stiftung



Betrachtet man die schulische Vorbildung der jungen Erwachsenen, die in das Übergangssystem eintreten (vgl. dazu Abbildung 2 bzw. Tabelle 2), dann fällt die breite Spreizung der schulischen Abschlüsse auf: 2010 (neuere Daten liegen noch nicht vor) hatte ein Fünftel (20,6 Prozent) der Neuzugänge im Übergangssystem keinen Hauptschulabschluss. Etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) verfügten über einen Hauptschulabschluss. 26,4 Prozent hatten den mittleren Schulabschluss, vereinzelt sogar eine Hochschulzugangsberechtigung erworben. Auch hier finden sich wieder bemerkenswerte Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern: So liegt der Anteil derer, die keinen Hauptschulabschluss haben, in den neuen Bundesländern deutlich höher als in den westlichen Flächenländern: Im Osten reicht er von 41,3 Prozent in Thüringen bis zu 51,8 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern.

Die damit dokumentierte qualifikatorische Heterogenität macht deutlich, dass im Übergangssystem tatsächlich nur einem Teil der jungen Erwachsenen die schulischen Voraussetzungen dafür fehlen, eine Berufsausbildung aufzunehmen und auch erfolgreich abzuschließen. Offensichtlich setzt sich die Gruppe der im Übergangssystem Lernenden aus zwei Teilgruppen zusammen: Die eine Teilgruppe ist qualifiziert, tritt aber in das Übergangssystem ein, weil das Angebot an Ausbildungsplätzen selbst für hinreichend qualifizierte junge Menschen nicht ausreicht. Die Mitglieder dieser Teilgruppe werden „Marktbenachteiligte“ genannt. In der anderen Teilgruppe finden sich junge Erwachsene, die im Verlauf ihrer schulischen Karriere nicht die Kompetenzen erworben haben, die für eine berufliche Ausbildung erforderlich sind.

2. Junge Erwachsene im Übergangssystem: Perspektiven

Wenn man den weiteren Weg verfolgt, den die jungen Menschen im Anschluss an ihre Zeit im Übergangssystem vermutlich beschreiten werden, so lassen sich wiederum zwei Gruppen unterscheiden:

- Der einen Gruppe gelingt nach Verlassen des Übergangssystems der Einstieg in eine abschlussbezogene Berufsausbildung. Im Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2008“ heißt es zur Größe dieser Gruppe: „Zwar gelingt es mit viel Zeit- und Personaleinsatz etwa der Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Übergangssystem eine qualifizierende Ausbildungsperspektive zu vermitteln“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 168). Für diese jungen Erwachsenen ist der Weg in das Übergangssystem zwar keine Sackgasse, aber doch ein Weg, der mit einem beachtlichen Zeitverlust verbunden ist.
- Der zweiten Gruppe misslingt dieser Wechsel jedoch. Sie stellt nach der Bildungsberichterstattung etwa die andere Hälfte der im Übergangssystem Lernenden. Zu dieser Gruppe schreiben die Autoren des Bildungsberichtes 2008: „Auf der anderen Seite steht der nicht erfolgreiche Teil derjenigen, für die aller Zeit- und Lernaufwand vergeblich bleibt“ (a.a.O.: 169). Die Angehörigen dieser Gruppe bleiben dauerhaft ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung. Sie bilden den überwiegenden Teil der Menschen, die nicht über eine Berufsausbildung verfügen und die auch nicht mehr in Bildungswegen lernen, die zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung führen. Derzeit sind dies deutschlandweit 17,2 Prozent aller 20- bis unter 30-Jährigen (vgl. Tabelle 4). Die Wahrscheinlichkeit, dass viele der künftigen Erwerbstätigen, die keinen Berufsbildungsabschluss haben, zeitweilig oder auch dauerhaft arbeitslos werden, ist groß. Schon heute sind die Erwerbslosenquoten stark abhängig von den erworbenen Qualifikationen: 2009 waren in Deutschland 16,7 Prozent der potenziell Erwerbstätigen erwerbslos, deren Ausbildungsstand unterhalb eines Abschlusses der Sekundarstufe II lag. Die entsprechende Quote lag bei denen mit einem SII-Abschluss (z.B. im Rahmen der dualen Ausbildung) bei 7,5 Prozent und bei den Hochschulabsolventen bei nur 3,4 Prozent (OECD 2011: 157).

Das sind besorgniserregende Perspektiven – und zwar nicht nur aus der Sicht derer, die das Übergangssystem durchlaufen. Zeitvergeudung und Ausbildungslosigkeit entwickeln sich auch für die Gesellschaft zu einem immer schwerer wiegenden Problem:

- Die Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen wird in den kommenden Jahren stark schrumpfen. Das sind ausgerechnet die jungen Menschen, die besonders geeignet sind, neues Wissen in das Beschäftigungssystem einzubringen. Allein im Zeitraum von 2011 bis 2020 sinkt die Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe um knapp 1,3 Mio.; das entspricht einem Rückgang auf 87 Prozent (vgl. Tabelle 5).



- Parallel zu dieser demographischen Verknappung verringert sich die Nachfrage nach Erwerbspersonen, die keinen beruflichen Abschluss erworben haben. Im Bildungsbericht 2010 wird über eine Projektion referiert, die unter Mitwirkung des Bundesinstituts für Berufsbildung entstanden ist. Diese Projektion lässt erwarten, dass bereits im Jahr 2020 in Deutschland das Angebot an Erwerbstätigen ohne eine abgeschlossene Ausbildung 125 Prozent der Nachfrage ausmachen wird. Das bedeutet: Das Angebot in dieser Qualifikationsgruppe wird die Nachfrage um 1,4 Mio. Menschen übersteigen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 319). Im Bildungsbericht heißt es dazu: „Hier bleibt ein großer Bestand Geringqualifizierter, die aber zugleich ein Potenzial darstellen, um über deren Qualifizierung Lücken auf anderen Qualifikationsebenen zu schließen“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 161).

Mit Blick auf diese beunruhigende Perspektive hat die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit neun Bundesländern sowie der Bundesagentur für Arbeit einen Reformvorschlag entwickelt. Ziel dieses „Übergänge mit System“ (Bertelsmann Stiftung 2011) genannten Reformvorschlag ist es, angesichts der demographischen Verknappung Schluss zu machen mit der qualifikatorischen Vergeudung.

3. „Übergänge mit System“: Ein Weg zur Ausbildungsgarantie

Der Reformvorschlag „Übergänge mit System“ verfolgt das Ziel, allen Jugendlichen den Einstieg in eine Berufsausbildung zu ermöglichen und eine größtmögliche Zahl von ihnen zu einem qualifizierten Ausbildungsabschluss zu führen. Das darauf ausgerichtete Rahmenkonzept setzt sich aus den Elementen „Berufsorientierung“, „betriebsnahe Ausbildung“ und „Hinführung zur Ausbildungsreife“ zusammen. Die Berufsorientierung betrifft vorrangig die dem Übergangssystem vorgelagerten allgemeinbildenden Schulen. Ihre Verankerung dort soll bei Schülerinnen und Schülern ebenso den „Erwerb grundlegenden Wissens über die Berufs- und Arbeitswelt, über Anforderungen im Ausbildungssystem und über die eigenen Interessen und Stärken“ befördern wie auch die „Auseinandersetzung mit den eigenen Einstellungen, Haltungen und Orientierungen“ (Euler/Severing 2011: 30). Während die Berufsorientierung als Aufgabe der allgemeinbildenden Schulen nicht Gegenstand der hier vorgelegten Studie ist, stehen die „betriebsnahe Ausbildung“ und „Hinführung zur Ausbildungsreife“ im Mittelpunkt der Untersuchung zu den Konsequenzen, die das Reformkonzept „Übergänge mit System“ im Falle einer Umsetzung für die öffentlich getragenen Ausgaben haben würde. Diese beiden Elemente sollen daher noch einmal knapp in Erinnerung gerufen werden:

Das Element „betriebsnahe Ausbildung“ richtet sich an Schülerinnen und Schüler, die „aufgrund der Ausbildungsmarktsituation keine Ausbildungsstelle finden, (sog. Marktbenachteiligte)“ sowie auch an solche, „die trotz eines Förderbedarfs die Bereitschaft und Voraussetzungen mitbringen, mit entsprechender Unterstützung und gegebenenfalls einer verlängerten Ausbildungsdauer eine Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren“ (Euler/Severing 2011: 39). Durch einen Ausbau subsidiärer Formen der Berufsausbildung, die zu anerkannten Ausbildungsabschlüssen führen, sowie durch „punktuelle Förderung“ soll erreicht werden, dass diese jungen Menschen ohne Verzögerungen und Warteschleifen im jetzigen Übergangssystem eine Berufsausbildung aufnehmen können.

Wie wenig zielführend der Verbleib marktbenachteiligter junger Menschen im Übergangssystem ist, zeigte z. B. eine Untersuchung des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung. In ihrem Abschlussbericht zur „Zweijährigen Erprobung des Ausbildungsvorbereitungsjahres (AVJ) in den Schuljahren 2006/07 und 2007/08“ heißt es: „Zwischen 30 und 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler beider AVJ-Kohorten profitieren sehr wahrscheinlich kaum von diesem Bildungsgang. Es handelt sich dabei vor allem um leistungsstarke Personen, die bereits zum Beginn der Maßnahme das durchschnittliche Hauptschulniveau in ELKE-BFS-tq (einem Test – der Verfasser) und sogar das durchschnittliche Realschulniveau in ULME 1 (gleichfalls einem Test – der Verfasser) übersteigen. Zum zweiten Messzeitpunkt zeigen sie weniger als ihre ursprüngliche Leistung“ (Hamburger Institut 2009: 3).



Das Überspringen von Warteschleifen, das vor dem Hintergrund derartiger Befunde mehr als geboten erscheint, soll nach den Vorschlägen des Rahmenkonzeptes dadurch gewährleistet werden, dass ausbildungslose Jugendliche unmittelbar in eine vollzeitschulische Berufsausbildung des Schulberufssystems oder in eine der etablierten Formen außerbetrieblicher Berufsausbildung einmünden (2011 zählten insgesamt 31.734, das waren 6,0 Prozent aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, zur Gruppe der sogenannten außerbetrieblichen Verträge – Auskunft der Bundesagentur für Arbeit vom 26.4.2012). Ein kleinerer Teil dieser Gruppe soll parallel zur Ausbildung eine punktuelle Förderung erhalten.

Das Element „Hinführung zur Ausbildungsreife“ bezieht sich auf Jugendliche, „denen aufgrund von stark ausgeprägten kognitiven und/oder sozialen Schwierigkeiten eine gezielte berufsfachliche Kompetenzentwicklung auf der Grundlage eines anerkannten Ausbildungsberufs aktuell nicht möglich ist“ (Euler/Severing 2011: 51). Diese Jugendlichen sollen in einem einjährigen Bildungsgang zur Ausbildungsfähigkeit geführt werden. Im Anschluss an diese Hinführung sollen diesen Jugendlichen abschlussorientierte Ausbildungsgänge angeboten werden.

Der Umbau des Übergangsbereiches nach den Vorgaben des Rahmenkonzeptes erfordert steigende Bildungsausgaben. Ziel der vorliegenden Studie ist es, deren Volumen zu ermitteln. Die dazu im Folgenden vorgelegten Berechnungen beziehen sich auf zwei unterschiedliche Eintrittsjahrgänge in das nach dem Rahmenkonzept reformierte Übergangssystem: Zunächst werden die Mehr- und die Minderausgaben ermittelt, die bis zur Mitte der 2010er Jahre entstehen. Dabei wird unterstellt, dass das Übergangssystem bereits 2011 nach den Vorstellungen des Rahmenkonzeptes reformiert worden wäre, sodass sich die Ausgabenfolgen in der Mitte des Jahrzehntes voll entfaltet hätten. In einem zweiten Schritt werden die Berechnungen wiederholt, dann aber auf der Grundlage von Daten des Jahres 2015 und mit Blick auf das Ausgabenvolumen gegen Ende der 2010er Jahre. Dieser zweite Zeitpunkt wurde gewählt, weil sich der demographische Rückgang (in den Ländern, in denen es diesen Rückgang geben wird) Mitte des Jahrzehntes bei den Neueintritten in die Bildungswege der berufsbildenden Schulen bereits auszuwirken beginnt und weil dann in den meisten Bundesländern die Nachfrage nach einer Ausbildung im Schulberufssystem sowie im dualen System abnehmen wird.

Für die beiden hier genannten Eintrittsjahre (2011 und 2015) werden die Ausgabenbilanzen berechnet, die sich aus der Gegenüberstellung von Mehr- und Minderausgaben ergeben. Dabei wird zugrunde gelegt, dass die Gruppe der marktbenachteiligten Jugendlichen nach Erreichen des Schulabschlusses unmittelbar in Angebote einer betriebsnahen Ausbildung untergebracht und zu einem Ausbildungsabschluss geführt wird. Die Gruppe der Jugendlichen, die beim Verlassen der allgemeinbildenden Schule noch nicht ausbildungsfähig sind, wird zunächst in einem einjährigen Kurs zur Ausbildungsfähigkeit geführt, danach in eine vollqualifizierende Berufsausbildung weitergeleitet und dort zu einem Berufsabschluss gebracht. Bei beiden Gruppen wird unterstellt, dass sich die betriebsnahe Ausbildung über dreieinhalb Jahre erstreckt. So wird auch noch in dieser Phase ein individueller Förderbedarf zeitlich ermöglicht.

4. „Übergänge mit System“: Ausgaben für die Ausbildungsgarantie

Im Folgenden werden die Ausgabenbilanzen der Zugangsjahre 2011 und 2015 zusammenfassend dargestellt, die sich bei einer Umsetzung des Reformkonzeptes aus Mehr- und Minderausgaben ergeben würden.

- Bei der Ermittlung des für die beiden Eintrittsjahrgänge 2011 und 2015 erforderlichen Ausgabenvolumens wurde jeweils folgendermaßen verfahren: In einem ersten Schritt wurden die erforderlichen zusätzlichen Ausgaben abgeschätzt. Diese Ausgaben setzen sich zusammen aus den Ausgaben für die Schaffung von Ausbildungsplätzen der betriebsnahen Ausbildung für beide Teilgruppen (also für die Marktbeteiligten und die, die erst zur Ausbildungsfähigkeit geführt werden müssen) sowie aus den Ausgaben, die für die Hinführung zur Ausbildungsfähigkeit der schwächeren Teilgruppe und für eine punktuelle Förderung eines Teiles der Gruppe der Marktbeteiligten erforderlich sind.
- Den zusätzlichen Ausgaben wurden in einem zweiten Schritt die Minderausgaben gegenübergestellt, die bei einer Umsetzung des Reformkonzeptes entstehen würden. Sie ergeben sich dadurch, dass die Ausgaben für die Verweilzeit im Übergangssystem nach dessen Reform entfallen und weil ein Teil der Absolventen des Übergangssystems ja auch schon vor dessen Reform in eine Berufsausbildung eingemündet ist. Die Ausgaben für die Ausbildung dieser Absolventen fallen somit nach der Reform nicht weiter an, sodass sie zu den Minderausgaben zu zählen sind.

Aus der Bilanzierung von zusätzlichen Ausgaben und Minderausgaben ergeben sich schließlich die nachfolgend aufgeführten Ausgabenbilanzen. Die Werte dieser Ausgabenbilanzen werden durch die Anzahl der jungen Menschen dividiert, die durch die Reform zusätzlich an einer Berufsausbildung teilnehmen. Auf diesem Weg werden die Pro-Kopf-Mehrausgaben für die Jugendlichen ermittelt, die (in Folge der Neuordnung) zusätzlich an einer Berufsausbildung teilnehmen.

Hinsichtlich des Rechenweges, der zur Ermittlung der Ausgaben beschritten wurde, wird auf die methodischen Hinweise (im Anhang) einschließlich der Erläuterungen zu den Tabellen D1 bis D6 verwiesen. Der Ergebnispräsentation soll noch einmal der Hinweis vorangestellt werden, dass es sich bei den errechneten Ausgaben aufgrund zahlreicher Einzelannahmen um ungefähre (aber plausible) Größenordnungen handelt, nicht aber um Zahlen, welche die tatsächliche Entwicklung genau treffen. Auch darauf wird im Methodenteil ausführlicher eingegangen.



Die Bilanzierung ergibt: Die für die Reform insgesamt erforderlichen Ausgaben für den 2011er Eintrittsjahrgang (also etwa Mitte des Jahrzehntes) würden bei 1.550 Mio. Euro und für den 2015er Jahrgang (also etwa gegen Ende des Jahrzehntes) bei 1.448 Mio. Euro liegen. Da unterstellt wird, dass ab 2011 Jahr für Jahr eine neue Gruppe von Neuzugängen in das reformierte System eintreten wird, beziehen sich diese Ausgaben auf die jeweils ersten, zweiten, dritten und (mit einem halben Ausbildungsjahr) vierten Ausbildungsjahrgänge. Die Nähe dieser Ausgaben für den Eintrittsjahrgang 2011 zu denen für den Eintrittsjahrgang 2015 erklärt sich daraus, dass den sinkenden Mehrausgaben zugleich auch sinkende Minderausgaben gegenüberstehen, sodass die Bilanzsumme in etwa gleich hoch bleibt. Für jeden jungen Menschen, der in Folge der Reformmaßnahmen zusätzlich an einer Berufsausbildung teilnimmt, ergeben sich daraus Zusatzausgaben in Höhe von etwa 10.800 Euro (2011) bzw. von etwa 11.500 Euro (2015).

Abbildung 3: Ausgabenbilanz einer Ausbildungsgarantie

Ausgabenentwicklung im Zeitverlauf (in Euro)	2011	2015
Mehrausgaben (Mrd.)	7,727	6,891
Minderausgaben (Mrd.)	6,177	5,443
Ausgabenbilanz (Mrd.)	1,550	1,448
Ausgaben je zusätzlich an Ausbildung Teilnehmenden (Tsd.)	10,8	11,5

Quelle: Eigene Berechnungen: Vgl. Tabelle D5 (2011) und Tabelle D6 (2015)

Zum besseren Verständnis der hier vorgestellten Ausgaben sollen die Faktoren, die die Höhe der Mehr- bzw. der Minderausgaben bestimmen, genauer erläutert werden:

- Die Höhe der Mehrausgaben wird insbesondere durch die Höhe der Ausgaben je Schulplatz bestimmt. Im Bereich der vollzeitschulischen Bildungsgänge des Schulberufssystems werden in Deutschland 6.700 Euro je Schüler und Jahr verausgabt. Die Spannweite reicht dabei von 4.700 Euro bis hin zu 7.700 Euro (vgl. Tabelle 9). Des Weiteren wird die Höhe der Mehrausgaben stark davon bestimmt, wie hoch in einem Land bei den Neuzugängen in das Übergangssystem die Anteile der Marktbenachteiligten und der Gruppe derer sind, die noch zur Ausbildungsfähigkeit geführt werden müssen. Je geringer der Anteil der Gruppe der Marktbenachteiligten ist, umso höher sind die Mehrausgaben. 2011 reichte der Anteil der Marktbenachteiligten an den Neueintritten in das Übergangssystem bei einem bundesdurchschnittlichen Wert von 54,2 Prozent von 30,6 Prozent bis hin zu 63,9 Prozent.

- Die Höhe der Minderausgaben wird insbesondere durch den Anteil derjenigen bestimmt, die auch ohne eine Reform des Übergangssystems nach Verlassen dieses Systems einen Ausbildungsplatz erhalten hätten. Je höher dieser Anteil ist, umso höher sind auch die Minderausgaben. In Deutschland lag dieser Anteil 2011 bei etwa der Hälfte (51,4 Prozent) aller, die neu in das Übergangssystem eingetreten waren. Die Spannweite unter den Ländern reichte dabei von etwa einem Drittel (36,3 Prozent) bis hin zu etwa zwei Dritteln (63,4 Prozent).

Aus diesen Faktoren ergeben sich die Bilanz von Mehr- und Minderausgaben und damit auch die Höhe der zusätzlichen Ausgaben für diejenigen, die erst durch die Reform einen Ausbildungsplatz erhalten.



5. Einordnung der Ergebnisse in einen größeren Kontext

In den vorangehenden Kapiteln wurde das Ausgabenvolumen insgesamt berechnet. Ebenfalls berechnet wurden die Ausgaben für jeden Jugendlichen, der durch die Reform zusätzlich ausgebildet wird. In der hier präsentierten Berechnung beläuft sich für den Eintrittsjahrgang 2011 das Volumen der jährlich zusätzlich erforderlichen öffentlichen Ausgaben auf 1,55 Mrd. Euro und für den Eintrittsjahrgang 2015 auf 1,44 Mrd. Euro. Für jeden Teilnehmer, der im Vergleich zu den Jahren vor der Reform zusätzlich eine Ausbildung erhält, fallen 10.800 Euro bzw. 11.500 Euro zusätzlich an.

Die bisherigen Analysen und Ausgabenschätzungen sollen abschließend in einen größeren volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext eingeordnet werden. Dabei konzentriert sich die Darstellung auf wenige zentrale Aspekte:

- Den Ausgaben je Teilnehmerin bzw. Teilnehmer am reformierten Übergangssystem, die in Folge der Reform zusätzlich erforderlich werden (etwa 11.000 Euro), stehen Einnahmen und verminderte Ausgaben der öffentlichen Haushalte gegenüber. Allmendinger u.a. haben in einer 2011 vorgelegten Studie untersucht, wie sich eine Erhöhung der Anteile von jungen Erwachsenen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung in folgenden vier Feldern auswirken würde: (entgangene) Lohnsteuern, (entgangene) Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, (auszuzahlendes) Arbeitslosengeld I sowie Sozialleistungen. In ihrer Untersuchung stellen sie für die Gruppe der zusätzlich Ausgebildeten fest, dass diese Personengruppe über einen Zeitraum von 35 Jahren Mehreinnahmen bzw. Einsparungen von 22.000 Euro pro Person verursachen würde (die Autoren betrachten dabei die Lebensspanne von 21 bis 55 Jahren). Abschließend formulieren sie dazu: „Dieser Betrag stünde damit potenziell pro Person zur Verfügung, um unzureichende Bildung zu verhindern, ohne dass auf die Gesellschaft zusätzliche Kosten zukämen“ (Allmendinger, Giesecke und Oberschachtsiek 2011: 44). Die zusätzlich erwarteten Einnahmen bzw. verminderten Ausgaben in Höhe von 22.000 Euro mögen auf den ersten Blick gering erscheinen. Es muss aber bedacht werden, dass durchaus nicht alle, die keine abgeschlossene Ausbildung vorweisen können, erwerbslos werden und dass auch ein Teil der Erwerbstätigen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung auf Sozialleistungen angewiesen ist. Zudem werden bei dieser Berechnung weitere Faktoren wie z.B. die weiter unten angesprochenen Effekte für das Wirtschaftswachstum nicht berücksichtigt.

Den in der hier vorgelegten Expertise ermittelten zusätzlichen Ausgaben von etwa 11.000 Euro je Person stünden danach vermehrte öffentliche Einnahmen und verminderte öffentliche Ausgaben in Höhe von 22.000 Euro gegenüber. Langfristig verbessern die Ausgaben für das Rahmenkonzept damit die Lage der öffentlichen Haushalte. Während allerdings der überwiegende Anteil der für die Umsetzung des Rahmenkonzeptes „Übergänge mit System“ erforderlichen Ausgaben von den Ländern zu erbringen sein wird, profitieren diese nur zu 30 Prozent von

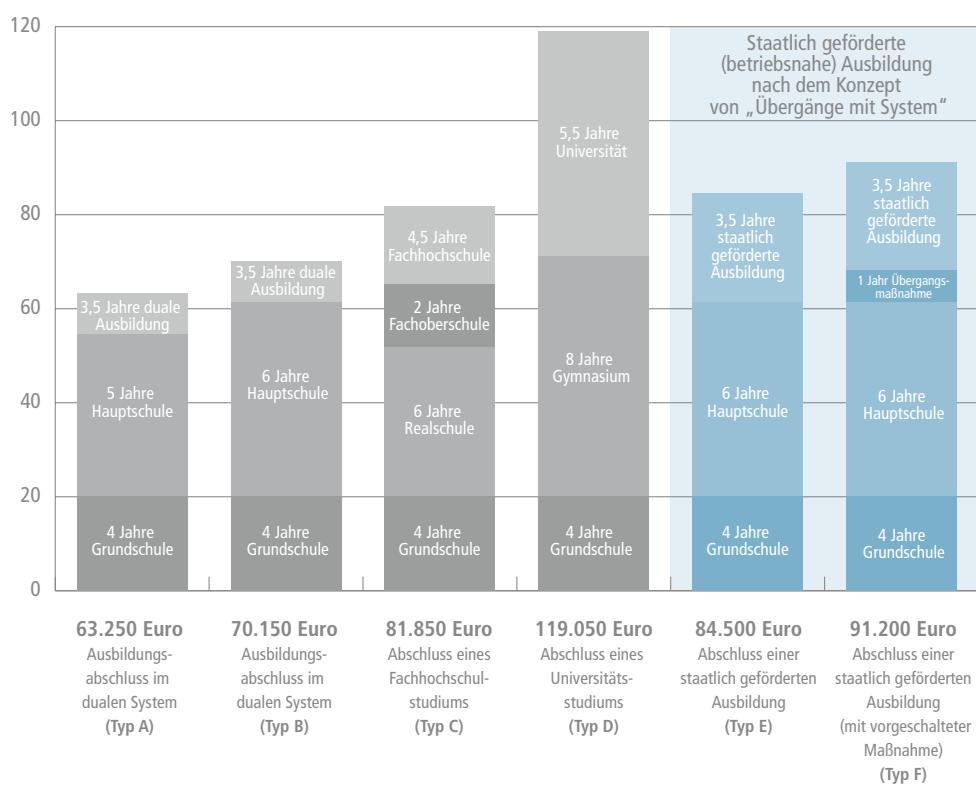
den zu erwartenden Mehreinnahmen bzw. Einsparungen: 40 Prozent würden dem Bund, 30 Prozent den Ländern und je 15 Prozent den Kommunen bzw. der Bundesagentur für Arbeit zu Gute kommen (Allmendinger, Giesecke und Oberschachtsiek 2011: 44).

- Durch Maßnahmen, die die Zahl der Unqualifizierten senken und die der beruflich Qualifizierten steigern, wird das Wirtschaftswachstum einer entwickelten Volkswirtschaft gestützt und gesteigert. Wößmann und Piopiunik (2009) fassen die Ergebnisse ihrer Studie „Was unzureichende Bildung kostet“, in der sie den Zusammenhang zwischen einer Verbesserung von Bildung und Wirtschaftswachstum analysieren, so zusammen: „Die Tatsache, dass in Deutschland etwa jeder fünfte Jugendliche eine nur unzureichende Bildung erhält, zieht volkswirtschaftliche Kosten in Höhe von rund 2,8 Billionen Euro (2.800.000.000.000 Euro) nach sich. Dies ist das Ergebnis einer Projektionsanalyse, die berechnet, wie sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Zukunft verändern würde, wenn eine Bildungsreform die unzureichende Bildung weitgehend beseitigen würde. Unter unzureichender Bildung wird dabei das Nicht-Erreichen eines Grundbildungsniveaus verstanden. Die PISA-Studie spricht in diesem Zusammenhang auch von der Gruppe der „Risikoschüler“. Die Projektion berücksichtigt alle wirtschaftlichen Erträge, die im Laufe des Lebens eines heute geborenen Kindes anfallen, was einem Zeithorizont bis zum Jahr 2090 entspricht“ (Wößmann und Piopiunik 2009: 9).
- Aus Sicht des Einzelnen verbessert die erfolgreiche Teilhabe an Bildung und Ausbildung die persönlichen Lebensperspektiven. Im Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2012“ wird (bezogen auf Daten des Jahres 2010) berichtet: Von den 25- bis unter 65-Jährigen, die keine abgeschlossene berufliche Ausbildung hatten, waren 56,1 Prozent Erwerbstätige, 34,3 Prozent Nichterwerbspersonen und 9,6 Prozent Erwerbslose. Bei den Angehörigen der gleichen Altersgruppe, die eine Lehr- oder Anlernausbildung hatten, lagen die Vergleichszahlen bei 76,9 Prozent, 17,4 Prozent und 5,7 Prozent. Erwerbstätige, die weder über einen Hauptschulabschluss noch über einen beruflichen Abschluss verfügten, erzielten einen Bruttostundenlohn, der bei 79,5 Prozent des Stundenlohns lag, den Erwerbstätige mit Hauptschul- und Berufsbildungsabschluss erzielen konnten. Bei den Wahlberechtigten aus der Gruppe „ohne Hauptschulabschluss“ lag bei der letzten Bundestagswahl die Wahlbeteiligung bei 37,5 Prozent, bei denen „mit Hauptschulabschluss“ dagegen bei 74,2 Prozent (alle Daten: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, 2012: 338 ff.). Diese Befunde zeigen: Mit dem Erwerb eines Ausbildungsbeschlusses wächst die Wahrscheinlichkeit, dauerhaft erwerbstätig zu sein, erhöht sich das Erwerbseinkommen und steigt die politische Teilhabe.
- Das Rahmenkonzept erhöht, wenn es umgesetzt wird, in Deutschland im Bereich der Bildungsausgaben die Verteilungsgerechtigkeit: Derzeit verursacht eine Bildungskarriere von der Grundschule bis zu einem Universitätsabschluss öffentliche Ausgaben in Höhe von etwa 120.000 Euro, eine Bildungskarriere von der Grundschule über die fünfjährige Hauptschule bis zu einem Abschluss im dualen System jedoch nur etwa 63.000 Euro. Diese Werte ergeben



sich aus einer Berechnung der öffentlichen Ausgaben für unterschiedliche Bildungskarrieren, die in ihrem methodischen Ansatz dem im Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes gewählten Verfahren folgt (vgl. Abbildung 4 bzw. Tabelle 10). In diese Ausgaben für unterschiedliche Bildungskarrieren sind die Ausgaben einzuordnen, die in Folge der Umsetzung des Rahmenkonzeptes für eine Bildungskarriere entstehen, die zu einem Berufsabschluss führt: Sie liegen zwischen etwa 85.000 Euro (Grundschule, sechsjährige Hauptschule, 3,5-jährige betriebsnahe Ausbildung für Marktbenachteiligte) und etwa 91.000 Euro (Grundschule, sechsjährige Hauptschule, einjährige Hinführung, 3,5-jährige betriebsnahe Ausbildung) und sind damit noch immer deutlich niedriger als die für eine zum Universitätsabschluss führende Bildungskarriere. Vor diesem Hintergrund sind die Ausgaben für eine Ausbildungsgarantie als ein angemessener Beitrag zu einer gerechteren Verteilung öffentlicher Ressourcen anzusehen.

Abbildung 4: Öffentliche Ausgaben je Bildungsteilnehmer in ausgewählten Bildungskarrieren in Euro (2011)



Quellen: Eigene Berechnungen in methodischer Anlehnung an: Statistisches Bundesamt: Bildungsfinanzbericht 2011, Wiesbaden 2011: 28 f., 100, 109. Abweichend vom Verfahren des Statistischen Bundesamtes wurden bei den Ausgaben für das duale System nur die öffentlichen Ausgaben je Schüler (vgl. Tabelle 9) berücksichtigt.

Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben je Schüler/-in 2009. Wiesbaden 2012

Statistisches Bundesamt: Hochschulen auf einen Blick – Ausgabe 2011. Wiesbaden 2011: 14 f. und 37 (für Ausgaben je Studienplatz und durchschnittliche Studiendauer)

Die Ausgabenansätze für das Jahr 2009 wurden – orientiert an dem Verbraucherpreisindex – für 2011 fortgeschrieben und auf Hunderter gerundet.

Vgl. dazu: Statistisches Bundesamt: Preise – Verbraucherpreisindizes für Deutschland. Wiesbaden 2012

Anhang:

I. Methodische Hinweise, Datengrundlagen und Berechnungsannahmen

Um die Ausgabenabschätzungen, die im vierten Abschnitt dieser Studie vorgelegt wurden, nachvollziehbar zu machen, werden im Folgenden Hinweise zur Methodik, zu den zugrunde gelegten Bevölkerungs- und Schülerzahlen sowie zu weiteren Annahmen vorgestellt und erläutert.

Junge Erwachsene im Übergangssystem: Marktbenachteiligte und noch nicht Ausbildungsfähige

Bei der in den allgemeinbildenden Schulen erworbenen Qualifikation gibt es Unterschiede, die bei den Neueintretenden in das Übergangssystem beschrieben werden. Sie haben im Rahmenkonzept „Übergänge mit System“ zu der Bildung von zwei Gruppen geführt: der Gruppe der Marktbenachteiligten und der Gruppe der noch nicht Ausbildungsfähigen. Um diese Unterteilung aber auch quantitativ abzubilden, müssten Individualdaten der Teilnehmer des Übergangssystems verfügbar sein. Da dies nicht der Fall ist, lässt sich der Weg Einzelner durch das Bildungssystem nicht verfolgen – und damit auch nicht ihr Weg durch das Übergangssystem und darüber hinaus. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der für die Integrierte Ausbildungsberichterstattung geschaffene Projektbeirat „die Schaffung von angemessenen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen in den Ländern für die Umstellung der Schulstatistik auf Individualdaten“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011: 2). Da derartige Individualdaten bislang nicht verfügbar sind, muss einstweilen ein anderer Weg zur hilfsweisen Unterteilung gewählt werden. Dieser Weg wird im Folgenden beschrieben:

Bei einer genaueren Betrachtung der Teilgruppe derjenigen, die erst noch zur Ausbildungsfähigkeit hingeführt werden müssen, stößt man auf Ausdifferenzierungen: Ganz unstrittig zählt die Mehrheit der etwa 53.000 Jugendlichen, die 2010 die allgemeinbildenden Schulen ohne einen Hauptschulabschluss verlassen haben (mit 57,1 Prozent stammte mehr als die Hälfte von ihnen aus den Förderschulen), zu dieser Gruppe (vgl. zu diesen Daten Tabelle 3). Da die in das Übergangssystem neu Eintretenden nicht alle aus dem jeweils vorausgehenden Schulentlassjahrgang stammen, sondern auch aus früheren Absolventenjahrgängen, ist die Gruppe der ohne Hauptschulabschluss neu in das Übergangssystem Eintretenden größer als die Gruppe derer, die im selben Jahr die Schulen ohne Abschluss verlassen: So hatten z. B. von den etwa 320.000 Neueintritten des Jahres 2010 (vgl. Statistisches Bundesamt 2012: 9) mit 20,6 Prozent (vgl. Tabelle 2) insgesamt etwa 66.000 keinen Schulabschluss – also deutlich mehr als die 53.000, die im gleichen Schuljahr die Schulen ohne einen Abschluss verlassen haben.



Die großen Leistungsstudien des Typs PISA haben in den vergangenen Jahren jedoch darauf hingewiesen, dass die Gruppe der nicht ausbildungsfähigen Jugendlichen größer ist als die der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss. Zur Gruppe der nicht ausbildungsfähigen Jugendlichen, die in den ersten PISA-Studien als „Risikogruppe“ bezeichnet wurde, werden all die Schülerinnen und Schüler gezählt, die am Ende der Pflichtschulzeit im allgemeinbildenden Schulsystem (als Neuntklässler bzw. als 15-Jährige) ein definiertes Kompetenzniveau nicht erreicht haben. Dieses Niveau wird in den PISA-Studien über Kompetenzstufen festgelegt: Die Jugendlichen, die nicht über die Kompetenzstufe I hinaus gelangen, werden dort zur Risikogruppe gezählt. Angehörige dieser Gruppe werden, so formulieren es die Autoren der deutschen Ausgaben der PISA-Studien, „mit hoher Wahrscheinlichkeit große Probleme in ihrem weiteren Ausbildungs- und Berufsleben haben und können als ‚Risikogruppe‘ bezeichnet werden“ (Prenzel u. a. 2004: 72 f.). Diese Feststellung wird sinngemäß auch in den OECD-Texten zu den PISA-Studien vorgetragen. Dort heißt es z. B. im Berichtsband zu der PISA-Untersuchung von 2009: „Von den Schülerinnen und Schülern, die die Kompetenzstufe II auf der PISA-Skala Lesekompetenz nicht erreichen, dürfte die Mehrzahl ihre Bildungslaufbahn nicht über das Schulalter hinaus fortsetzen und daher Gefahr laufen, ein Leben lang mit dem Lesen zum Zweck des Lernens Schwierigkeiten zu haben. Die Kompetenzstufe 2 gilt als das Basisniveau der Lesekompetenz, ab dem die Schülerinnen und Schüler jene Lesekompetenzen unter Beweis zu stellen beginnen, die sie befähigen werden, effektiv und produktiv am Leben teilzuhaben“ (OECD 2010: 172).

Im deutschen Diskurs zu den Kompetenzen, die am Ende der Pflichtschulzeit mindestens erreicht werden sollten, wird der Begriff „Risikogruppe“ inzwischen kaum mehr benutzt. Die Autoren des 2004 von der Kultusministerkonferenz gegründeten Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) sprechen in ihrem Bericht zur ersten Überprüfung des Erreichens von Bildungsstandards in den Schulen der Sekundarstufe I von „Mindeststandards“. Das damit beschriebene Kompetenzniveau unterschreitet zwar die von der Kultusministerkonferenz festgelegten Kompetenzerwartungen, beschreibt aber gleichwohl ein Bildungsminimum, von dem „angenommen werden kann, dass Schülerinnen und Schüler, die auf diesem Niveau liegen, sich bei entsprechender Unterstützung erfolgreich in die berufliche Erstausbildung integrieren werden“ (vgl. Kölner, Knigge und Tesch 2010: 36). Bei Jugendlichen, die die Mindeststandards verfehlten, wird die Perspektive einer erfolgreichen beruflichen Erstausbildung dagegen nicht mehr gesehen. Zu dieser Gruppe zählen alle Schülerinnen und Schüler, die im Bereich Lesen nicht mindestens 400 Testpunkte erreichen.

Bei dem Versuch, von den Neueintritten in das Übergangssystem die Gruppe der Marktbenachteiligten gegenüber der Gruppe quantitativ abzugrenzen, die erst noch zur Ausbildungsfähigkeit geführt werden muss, wird auf Ergebnisse der Überprüfung der Bildungsstandards zurückgegriffen. Dies empfiehlt sich aus den folgenden Gründen: Die Beschreibung einer Gruppe junger Menschen, die die für eine erfolgreiche Berufsausbildung erforderlichen Mindeststandards nicht erlangt hat, liefert einen Maßstab, der sich an den Kompetenzen der Jugendlichen in den Berei-

chen Leseverständnis, Mathematik, Naturwissenschaften und Englisch orientiert. Diese Orientierung ermöglicht es, die Größe der Gruppe von Jugendlichen zu bestimmen, die nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule erst noch auf eine Ausbildung vorbereitet werden muss. Daten, die aus der Überprüfung der Bildungsstandards gewonnen werden, sind aktueller und länderspezifisch: Die Untersuchung zum Erreichen der Bildungsstandards wurde zwar ebenso wie die aktuell verfügbare PISA-Studie 2009 durchgeführt, sie bietet aber (anders als alle nach 2006 erhobenen PISA-Daten) Informationen, die für jedes der 16 Bundesländer repräsentativ sind.

In der Veröffentlichung zur Überprüfung der Bildungsstandards wird mitgeteilt, dass Jugendliche, die am Ende der Sekundarstufe I im Bereich Lesen nicht zumindest 400 Testpunkte erreichen, die Mindeststandards verfehlen. Bedauerlicherweise findet sich in der Studie jedoch kein Hinweis darauf, wie hoch der Prozentanteil der Neuntklässler ist, die in den einzelnen Bundesländern diesen Grenzwert nicht erreichen. Mitgeteilt werden lediglich sogenannte Perzentilwerte, die für jedes der 16 Bundesländer angeben, welche Testleistung z. B. die schwächsten 10 Prozent und die schwächsten 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler nicht mehr erreichen. In allen Bundesländern verfehlten die 10 Prozent Schwächsten die Mindeststandards (mit 400 Testpunkten), in 15 Bundesländern übertreffen alle Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 9, die die Leistungsfähigkeit der schwächsten 25 Prozent übersteigen, die Mindeststandard-Grenze. Um nun für jedes Bundesland den Anteil der Jugendlichen abzuschätzen, die die Mindeststandards nicht erreichen, wurde jeweils der Prozentwert ermittelt, der den Anteil derer, die 400 Testpunkte nicht erreichten, näherungsweise beschreibt. Dazu wurde hilfsweise unterstellt, dass die Leistungsentwicklung zwischen dem 10. und dem 25. Perzentil linear verläuft.

Das Ergebnis dieser Abschätzung findet sich in Tabelle 4 in der Spalte „Anteil der Schüler/innen, die Mindeststandards nicht erreichen“. Ein Blick auf die Daten zeigt das aus den älteren PISA-Studien vertraute Bild: In Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und Sachsen ist der Anteil derer, die Mindeststandards verfehlten, mit Werten zwischen 12,5 Prozent und 14,6 Prozent (bei einem Bundesdurchschnitt von 16,2 Prozent) eher gering, in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen mit Werten zwischen 21,6 Prozent und 25,9 Prozent besonders hoch. Diese länderspezifischen Daten werden in der vorliegenden Studie zur quantitativen Abgrenzung der beiden Teilgruppen im Übergangssystem („Marktbenachteiligte“ und „Hinführung zur Ausbildungsreife“) wie folgt genutzt: Der Anteilswert zum „Verfehlten von Mindeststandards“ wird auf den durchschnittlichen Eintrittsjahrgang in das Übergangssystem bezogen (also 2011 auf den Durchschnitt der dann 18- bzw. 19-Jährigen und 2015 der dann 17- und 18-Jährigen – vgl. zu den Gründen für den Wechsel der Bezugsjahrgänge den weiter unten stehenden Abschnitt „Bevölkerungsentwicklung“). Der sich daraus ergebende Wert beschreibt die Risikogruppe, also die Gruppe, die noch zur Ausbildungsfähigkeit geführt werden muss. Dadurch, dass deren Zahl von der 2011 beobachteten und für 2015 erwarteten Gesamtzahl der Neuzugänge in das Übergangssystem abgezogen wird, errechnet sich die Zahl der Marktbenachteiligten unter den Neuzugängen in das Übergangssystem.



Für Deutschland insgesamt ergeben sich dabei für das Jahr 2011 die folgenden Daten (vgl. Tabelle D1): Die durchschnittliche Jahrgangsstärke der 18- und 19-Jährigen betrug in diesem Jahr 832.000. Bei einer Quote von 16,2 Prozent zählten daher 134.784 von ihnen zur Gruppe der Risikoschüler. Von diesen knapp 135.000 wird angenommen, dass sie erst noch zur Ausbildungsfähigkeit geführt werden müssen. Daraus folgt bei einer Gesamtzahl von 294.294 Neueintritten in das Übergangssystem, dass davon mit 159.510 mehr als die Hälfte zur Gruppe der Marktbenachteiligten gezählt werden.

Abschätzung der Zahl der jungen Erwachsenen, die vor der Reform nach Verlassen des Übergangssystems eine Ausbildung aufnehmen

Einem Teil der jungen Erwachsenen, die das Übergangssystem durchlaufen, gelingt im Anschluss daran der Einstieg in die Berufsausbildung. Die öffentlichen Ausgaben, die im Verlauf dieser Berufsausbildung geleistet werden, entfallen, wenn diese jungen Erwachsenen direkt nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen einen Ausbildungsplatz erhalten. Da in der hier vorgelegten Studie für die Gruppe der Marktbenachteiligten die öffentlichen Ausgaben für eine betriebsnahe Ausbildung als Mehrausgaben berechnet werden, sind die Ausgaben, die vor der Reform für eine Ausbildung im Anschluss an das Übergangssystem geleistet werden und nach der Reform nicht mehr anfallen, als Minderausgaben zu berücksichtigen. Um diese Minderausgaben zu berechnen, muss die Zahl der Absolventen des Übergangssystems ermittelt werden, die auch ohne die Umsetzung des Rahmenkonzeptes eine Ausbildung aufnehmen. Auch dazu müssten Individualdaten der Teilnehmer des Übergangssystems verfügbar sein. Da dies nicht der Fall ist, lässt sich der Weg, den Einzelne im Anschluss an das Übergangssystem einschlagen, nicht feststellen. Daher muss auch hier hilfsweise ein Verfahren zur Ermittlung der erforderlichen Daten gewählt werden. Dazu wird der folgende Weg gewählt:

Aus regelmäßigen Mikrozensus-Auswertungen ist die Quote derer bekannt, die in der Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen endgültig ohne abgeschlossene Berufsausbildung verbleiben. 2010 lag sie für ganz Deutschland bei 17,2 Prozent (vgl. Tabelle 4). Es wird unterstellt, dass von allen Altersjahrgängen dieser Altersgruppe 17,2 Prozent ohne Ausbildung sind und verbleiben. Mit Hilfe dieser Quote wird abgeschätzt, wie hoch die Zahl der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung in einem für das Übergangssystem relevanten Altersjahrgang ist. Weiter wird unterstellt, dass diese Zahl in etwa der Anzahl der Abgänger aus dem Übergangssystem entspricht, die nach dem Verlassen dieses Systems ohne Ausbildungsabschluss bleiben. Unter diesen Annahmen ergibt sich, dass diese Zahl von der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler des Übergangssystems abgezogen werden muss, um die Zahl der Ehemaligen dieses Systems, die noch zu einem Ausbildungsabschluss gelangen, zu bestimmen. Dieser Rechenweg, dessen Ergebnis nur eine Annäherung darstellt, wird in den Fußnoten der Tabellen D5 und D6 noch einmal erläutert.

Für den Eintrittsjahrgang 2011 führt dieser Weg für Deutschland insgesamt zu den folgenden Daten: 17,2 Prozent der 832.000 im Durchschnitt 18- und 19-Jährigen des Jahres 2011, also 143.104, verbleiben dauerhaft ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung. Das waren 48,6 Pro-

zent der 294.294 Neueintritte in das Übergangssystem. Also erreichen bei den hier unterstellten Annahmen 51,4 Prozent der neu in das Übergangssystem Eintretenden nach Verlassen dieses Systems einen beruflichen Ausbildungsabschluss. Dies entspricht recht genau dem Wert, den die Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2008“ mitteilt. In der im zweiten Abschnitt dieser Studie schon angeführten Passage heißt es: „Vor dem Hintergrund der hier präsentierten Daten fällt die Bewertung des Übergangssystems eher kritisch aus: Zwar gelingt es mit viel Zeit- und Personaleinsatz etwa der Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Übergangssystem eine qualifizierende Ausbildungsperspektive zu vermitteln. Auf der anderen Seite steht der nicht erfolgreiche Teil derjenigen, für die aller Zeit- und Lernaufwand vergeblich bleibt“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 168).

Bevölkerungsentwicklung

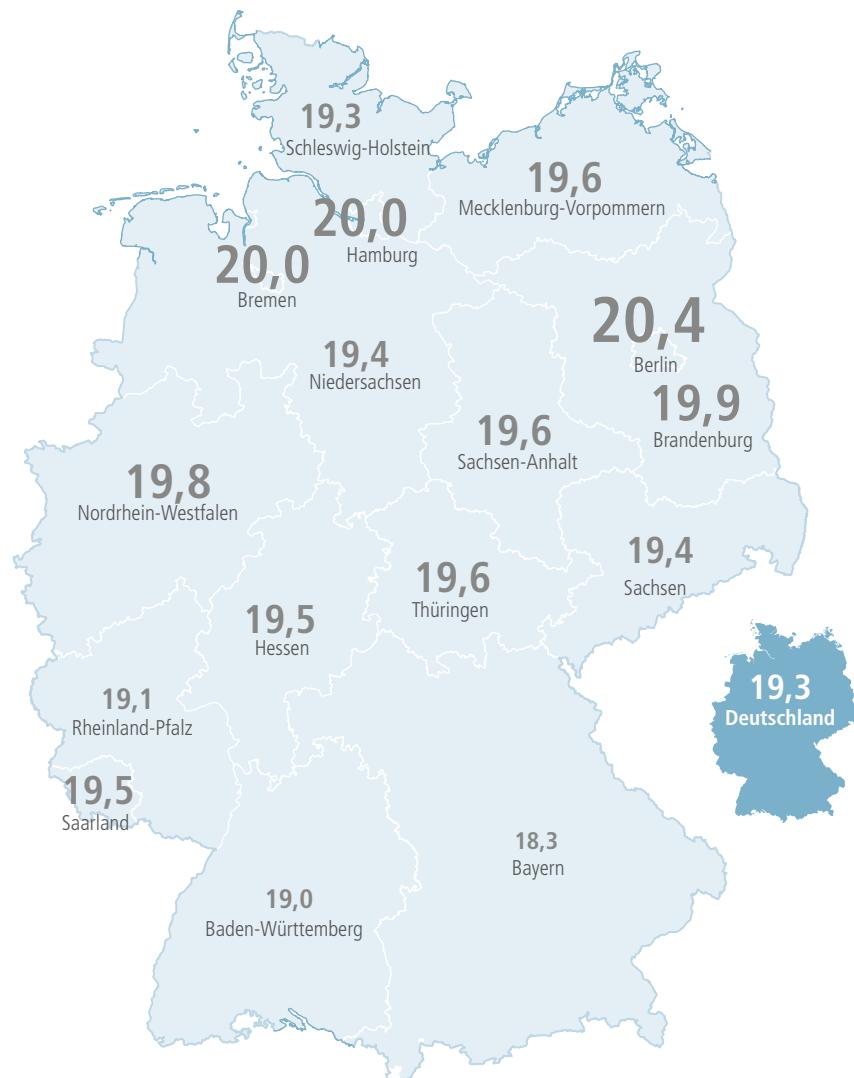
Für die vorliegende Studie sind im Bereich demographischer Daten die Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen und die durchschnittlichen Jahrgangsstärken der beiden Jahrgänge der 18- und 19-Jährigen bzw. der 17- und 18-Jährigen von Bedeutung (vgl. Tabelle 5). Diese Daten werden für die Jahre 2011 (Ist-Werte), 2015 und 2020 (Prognosewerte) präsentiert:

- Die Daten zur Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen stellen eine wichtige Hintergrundinformation dar. Sie machen darauf aufmerksam, dass es in den Altersjahrgängen, die besonders prädestiniert sind, neues Wissen in das Beschäftigungssystem einzubringen, unübersehbare Verknappungstendenzen gibt. Während die Altersgruppe 2011 noch 9,8 Mio. stark war, zählt sie 2020 nur noch 8,5 Mio. Dies entspricht einem Rückgang auf 87 Prozent. Am stärksten ausgeprägt ist die demographische Reduktion mit einem Rückgang auf 55,5 Prozent in Thüringen, am schwächsten in Rheinland-Pfalz (96,2 Prozent).
- Die Daten zu den beiden durchschnittlichen Jahrgangsgruppen (Durchschnitt der beiden Jahrgänge der 18- und 19-Jährigen bzw. der 17- und 18-Jährigen) werden benötigt für die Berechnungen zu den Teilgruppen der Marktbenachteiligten und der Gruppe derer, die erst noch zu einer Ausbildungsfähigkeit geführt werden müssen (vgl. dazu Kapitel 3). Für die Berechnungen zum Eintrittsjahr 2011 werden die durchschnittlichen Jahrgangsstärken der 18- bis unter 20-Jährigen herangezogen. Abbildung 5 bzw. Tabelle 6 zeigt, dass im Jahr 2010 das Durchschnittsalter derer, die eine Ausbildung im dualen System aufnehmen, in Deutschland bei 19,3 Jahren lag. Für die Berechnungen zum Eintrittsjahr 2015 werden die Werte der durchschnittlich 17- bis unter 19-Jährigen herangezogen. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass sich um 2015 das Vorziehen des Einschulungsalters, die sinkende Quote der Klassenwiederholungen und eine beginnende demographische Reduktion bemerkbar machen. In Folge davon werden dann die Neueintretenden in das Übergangssystem jünger sein. Hinsichtlich dieser beiden Altersgruppen fällt auf, dass es von 2011 bis 2015 in Deutschland insgesamt kaum einen Rückgang geben wird, in den neuen Ländern allerdings einen Anstieg der Jahrgangsstärken auf bis zu 120 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern). Bis zum Jahr 2020 gehen die durchschnittlichen



Jahrgangsbesetzungen dieser Altersgruppen deutschlandweit auf knapp 90 Prozent zurück, steigen zugleich aber in den neuen Ländern weiter an, in Sachsen im Vergleich zu 2011 sogar auf 128,8 Prozent.

Abbildung 5: Durchschnittliches Eintrittsalter in eine Ausbildung im dualen System (2010)



Quelle: Eigene Berechnung nach: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 3 – 2010

| BertelsmannStiftung

Entwicklung der Schülerzahlen

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben 2010 eine Bildungsvorausberechnung veröffentlicht, in der für die Jahre bis 2025 eine Prognose der Schülerzahlenentwicklung enthalten ist (Statistische Ämter 2010). Obwohl diese Prognose innerhalb der Vorausschätzungen für den Bereich der berufsbildenden Schulen auch eine Prognose zum Übergangssystem enthält, kann für die Zwecke der hier vorgelegten Studie aus zwei Gründen nicht darauf zurückgegriffen werden:

- Bei der Prognose zu den Schülerinnen und Schülern des Übergangssystems geht das Modell der Statistischen Ämter von einer konstanten Übertrittsquote aus den allgemeinbildenden Schulen aus. Damit berücksichtigt es nicht die Möglichkeit, dass sich in den kommenden Jahren – z. B. in Folge der demographischen Entwicklung – der Zugang zum dualen System und zum Schulberufssystem erleichtern kann, und dass die Gruppe der Marktbenachteiligten in den kommenden Jahren daher auch stärker schrumpfen kann als die Gesamtheit der Teilnehmer des Berufsbildungssystems.
- Die Prognose der statistischen Ämter bezieht sich auf die Flächenländer West, die Flächenländer Ost und auf die drei Stadtstaaten, nicht aber auf die einzelnen 16 Bundesländer.

Da also insbesondere wegen der fehlenden Länderdaten nicht auf die Bildungsvorausberechnung der Statistischen Ämter zurückgegriffen werden kann, müssen für das Jahr 2015 bei der Abschätzung der Neueintritte in das Übergangssystem andere Daten herangezogen werden (für 2011 werden die Ist-Daten genutzt – vgl. Tabelle 1). Das geschieht wie folgt (vgl. die Erläuterung zu Tabelle D3): In einem ersten Schritt wird eine „vorläufige“ Zahl der für 2015 zu erwartenden Neueintritte in das Übergangssystem ermittelt. Dazu wird unterstellt, dass sich die Zahl der Neueintritte in dem Umfang verändert, in dem sich die Zahl der Absolventen (ohne und mit HS-Abschluss sowie mit mittlerem Abschluss) der allgemeinbildenden Schulen verändert. Für Deutschland insgesamt wird die Zahl dieser Gruppe von 2011 bis 2015 auf 96,7 Prozent zurückgehen (vgl. Tabelle 8). Dieser vorläufige Wert wird dann aber noch einmal verändert. Dabei wird unterstellt, dass die Aufnahmekapazität des dualen Systems und des Schulberufssystems von 2011 bis 2015 konstant bleibt und dass sich die Nachfrage nach diesen Plätzen (aufgrund der Schülerzahlenentwicklung) gleichfalls verringern wird (in diesem Beispiel auch auf 96,7 Prozent). Daraus folgt, dass ein Teil der Schulabsolventen, die jetzt noch als Marktbenachteiligte in das Übergangssystem eintreten, ihre Ausbildung unmittelbar im dualen System oder im Schulberufssystem aufnehmen werden. Für Deutschland insgesamt ergibt sich bei diesem Rechenweg, dass anstelle der etwa 294.000 Eintritte in das Übergangssystem, die für 2011 berichtet werden, 2015 nur noch knapp 260.000 zu erwarten sind (vgl. dazu die Berechnungen in der Tabelle D3). In der bereits erwähnten Bildungsvorausberechnung werden für Deutschland im Jahr 2015 insgesamt 283.000 junge Erwachsene erwartet (Statistische Ämter 2010: 64).



Hinsichtlich der Aufteilung der Schülerinnen und Schüler des Übergangssystems auf die Gruppe der Marktbenachteiligten und derer, die erst noch zur Ausbildungsfähigkeit geführt werden müssen, wird – sowohl für 2011 wie auch für 2015 – auf die Erläuterungen im ersten Abschnitt dieses Anhangs verwiesen.

Bildungsausgaben je Schüler bzw. Teilnehmer

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig länderspezifische Daten zu den Bildungsausgaben je Schüler. Das geschieht jedoch mit erheblicher zeitlicher Verzögerung (Veröffentlichungen von 2012 enthalten die Daten von 2009). Die dort berichteten Ausgaben je Schüler fassen die Ausgaben für das Personal, den laufenden Sachaufwand und die Investitionen zusammen. Sie werden für die allgemeinbildenden Schulen (ausdifferenziert nach Schulformen) und die berufsbildenden Schulen mitgeteilt (und zwar ausdifferenziert für die Schulen insgesamt und die Berufsschulen im dualen System, nicht aber für die Vollzeitformen). Aufgrund der Anforderungen der vorliegenden Studie mussten diese Daten bearbeitet werden: Zum einen mussten sie – gestützt auf die Entwicklung des Verbraucherpreisindex bis zum Jahr 2011 – fortgeschrieben werden; zum anderen musste ein Ausgabenansatz für die Vollzeitschulen des Berufsschulsystems ermittelt werden. Dieser ergibt sich aus den Informationen zu den berufsbildenden Schulen insgesamt sowie den Teilzeitschulen des dualen Systems unter Berücksichtigung der Schüleranteile dieser beiden Gruppen. Das Ergebnis dieser Anpassungen findet sich (länderspezifisch) in Tabelle 9.

Weil ein Teil der Ausbildungsangebote im Bereich der betriebsnahen Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) und nicht in Vollzeitberufsschulen gemacht wird, müssen durchschnittliche Ausgabenansätze für diesen Typ Ausbildung ermittelt werden. Dazu wird auf Angaben der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen: Im Jahr 2011 lagen die durchschnittlichen Ausgabenansätze je Teilnehmerplatz bei der kooperativen BaE bei 4.175 Euro und bei der integrativen BaE bei 7.775 Euro. Daraus ergibt sich ein gewichteter Durchschnittsansatz von 5.880 Euro (vgl. Tabelle 12). In den Berechnungen der hier präsentierten Studie wird ein gerundeter Ansatz von 5.900 Euro je Platz angesetzt. Bei diesen Ansätzen der Bundesagentur für Arbeit sind die Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung und zu den Sozialversicherungsbeiträgen nicht einbezogen. Die Zuschüsse betrugen 2011 (bei zwölf Monatsleistungen) im ersten Ausbildungsjahr 5.340 Euro, im zweiten 5.640 Euro und im dritten 5.880 Euro.

Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung und zu Sozialversicherungsbeiträgen

Anders als die Auszubildenden im Dualen System erhalten Jugendliche, die im Schulberufssystem eine Berufsausbildung erhalten, keine Vergütung. In den vorliegenden Berechnungen werden bei den Ausgaben für die jungen Erwachsenen, die eine betriebsnahe Ausbildung erhalten, keine Ausgaben für eine Ausbildungsvergütung und auch keine Ausgaben für Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Diese Entscheidung begründet sich daraus, dass das Reformkonzept „Übergänge mit System“ überfrachtet würde, wenn man die unterschiedlichen finanziellen Lagen von Teilnehmern an beruflicher Erstausbildung mit einbeziehen würde: Das gegenwärtige System ist durch ein Zusam-

menspiel von Kindergeldzahlungen, Steuerfreibeträgen, BAföG-Leistungen, Ausbildungsvergütungen sowie Gebührenfreiheit bzw. Gebührenpflicht in einzelnen Bildungsgängen des Schulberufssystems geprägt. Dabei entstehen Ungleichheiten, die z.B. dazu führen, dass es im dualen System Ausbildungsvergütungen gibt, während bei einer Berufsausbildung in Vollzeitschulen und in Hochschulen keine Ausbildungsvergütungen gezahlt und zum Teil sogar Gebühren erhoben werden. Solche Ungleichheiten lassen sich nicht dadurch korrigieren, dass im Teilbereich der betriebsnahen Ausbildung Vergütungen (oder vergleichbare Zahlungen) in die Ausgabenberechnungen mit einbezogen werden.

Punktueller Förderbedarf

Ein Teil der Schüler, die an betriebsnaher Ausbildung teilnehmen, hat gleichwohl einen ausbildungsbegleitenden punktuellen Förderbedarf. In dieser Studie wird unterstellt, dass dies für einen Teil der Marktbeteiligten gilt, die unmittelbar nach Abschluss der Schulbildung in eine betriebsnahe Ausbildung wechseln. Für diese Gruppe werden in den Berechnungen Ausgaben für die „ausbildungsbegleitenden Hilfen“ (abH) der Bundesagentur für Arbeit berücksichtigt. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (vom 23.4.2012) erhielten 2011 insgesamt 42.712 Teilnehmer derartige Hilfen. Diese werden in der Regel für die Dauer eines Jahres geleistet und umfassen wöchentlich zwischen drei und höchstens acht Wochenstunden. In den hier vorgelegten Berechnungen wird davon ausgegangen, dass 10 Prozent der Teilnehmer an der betriebsnahen Ausbildung solcher Hilfen bedürfen. Deutschlandweit wären dies für den Eintrittsjahrgang 2011 mit knapp 16.000 jungen Erwachsenen (vgl. Tabelle D1) etwa ein Drittel derer, die derzeit ausbildungsbegleitende Hilfen erhalten. Hinsichtlich der erforderlichen Ausgaben wird unterstellt, dass für eine Gruppe von 20 Jugendlichen während eines Jahres fünf Wochenstunden einer Lehrkraft (mit einem Durchschnittsdeputat von 25 Wochenstunden) zur Verfügung stehen werden. Dies erfordert für diese Gruppe 20 Prozent und je Schüler ein Prozent einer Stelle. Wenn man Ausgaben in Höhe von 71.000 je Stelle (orientiert am aktuellen Ansatz für eine A13-Stelle) annimmt, so ergeben sich je Schüler (dieser 10-Prozent-Gruppe) für ein Jahr 710 Euro.

Anteil der Jugendlichen, die nach der Hinführung zur Ausbildungsreife an betriebsnaher Ausbildung teilnehmen

In den Berechnungen wird unterstellt, dass alle Teilnehmenden nach der Hinführung zur Ausbildungsreife in eine Variante der betriebsnahen Ausbildung überwechseln. Mit dieser (eher unrealistischen) Annahme wird gerechnet, weil belastbare Grundlagen fehlen, um die Gruppe in Teilnehmer mit und ohne erfolgreichen Wechsel in eine Ausbildung zu unterteilen. Da es ebenfalls keine belastbaren Daten dazu gibt, ob und in welchem Umfang es jungen Erwachsenen nach der Hinführung zur Ausbildungsfähigkeit gelingt, in eine Ausbildung des dualen Systems zu wechseln, wird für niemanden aus dieser Teilgruppe eine Berufsausbildung im dualen System angenommen. Welche Folgen diese Annahme für die Berechnung der Ausgaben hat, wird im nächsten Abschnitt erläutert.



Aufteilung auf unterschiedliche Angebote im Rahmen der betriebsnahen Ausbildung bzw. im Anschluss an die Hinführung zur Ausbildungsreife

Die jährlichen Ausgaben für einen Schulplatz im vollzeitschulischen Berufsbildungssystem weichen mit 6.700 Euro (im Bundesdurchschnitt, vgl. Tabelle 9) deutlich ab von den Ausgaben für einen Platz in außerbetrieblichen Einrichtungen. Letztere betragen 5.900 Euro (vgl. Tabelle 12 – ohne Zuschüsse für Ausbildungsvergütung und Sozialversicherungsbeiträge). Es bedarf deshalb einer Festlegung für die Aufteilung der Marktbenachteiligten und für die zur Ausbildungsreife geführten jungen Erwachsenen auf diese beiden Ausbildungswägen. Dazu wird in den vorgelegten Berechnungen für 2011 unterstellt, dass jeweils 10,8 Prozent der beiden Teilgruppen („betriebsnahe Ausbildung“ sowie „Hinführung zur Ausbildungsreife“) in außerbetrieblichen Einrichtungen ausgebildet werden, während 89,2 Prozent in Vollzeitberufsschulen eine betriebsnahe Ausbildung erhalten. Dieser Ansatz von 10,8 Prozent entspricht dem aktuellen Bundesdurchschnitt. Die für 2011 von der Bundesagentur für Arbeit berichteten 31.734 Neueintritte in eine Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen entsprechen 10,8 Prozent der für 2011 gemeldeten 294.294 Neueintritte in das Übergangssystem (vgl. Tabelle 11). Bei den Länderberechnungen wird durchgängig mit dem bundesdurchschnittlichem Wert gerechnet, um nicht die aktuelle Ungleichverteilung zwischen den Bundesländern (vgl. auch dazu Tabelle 11) fortzuschreiben. Für 2015 wird dann davon ausgegangen, dass die in Deutschland insgesamt (und auch in den einzelnen Bundesländern) für das Jahr 2011 bereitstehenden 31.784 Plätze in außerbetrieblichen Einrichtungen im vollen Umfang erhalten bleiben (vgl. die Tabellen D5 und D6).

Die Annahme, dass aus den beiden Teilgruppen, die hier behandelt werden, keine Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Ausbildungswägen des dualen Systems wechseln, ist kaum realistisch. Sie wurde aus zwei Gründen getroffen: Einerseits, weil zumindest die Marktbenachteiligten keinen Zugang zur dualen Ausbildung finden konnten und deshalb im Übergangssystem sind. Andererseits, weil belastbare Daten für die Festlegung einer Quote für den Übergang in die duale Ausbildung fehlen. Wenn abweichend von der hier unterstellten Annahme nennenswerte Zahlen aus den beiden Teilgruppen in das duale System wechseln sollten, würde dies die öffentlichen Mehrausgaben wegen der niedrigeren Ausgaben je Schulplatz im dualen System senken. In der Ausgabenbilanz, um die es in dieser Studie geht, stünde dem aber zugleich eine Verkleinerung der Minderausgaben gegenüber: In der Gruppe derer, die nach Verlassen des Übergangssystems derzeit eine Ausbildung aufnimmt, sind gleichfalls junge Erwachsene, die dies im dualen System tun. Da diese Ausgaben nach der Systemreform entfallen und hier als Minderausgaben berücksichtigt werden, stehen den verringerten Mehrausgaben (Übergänge in das duale System nach der Systemreform) auch geringere Einsparungen gegenüber (vgl. dazu die Ausführungen im zweiten Abschnitt dieses Anhangs: „Abschätzung der Zahl der jungen Erwachsenen, die vor der Reform nach Verlassen des Übergangssystems eine Ausbildung aufnehmen“).

Verweildauer im Übergangssystem vor der Reform

Die Berechnungen der Studie gehen davon aus, dass die durchschnittliche Verweildauer im Übergangssystem vor dessen Umbau nach dem Rahmenkonzept bei 16,6 Monaten liegt (vgl. dazu z. B. Beicht 2009: 5).

Unwägbarkeiten

Es muss nachdrücklich daran erinnert werden, dass die Berechnungsergebnisse dieser Studie lediglich Annäherungen darstellen an eine zu erwartende Entwicklung und an das davon verursachte Ausgabenvolumen. Bei der Einordnung der Ergebnisse dürfen insbesondere die folgenden Unwägbarkeiten nicht übersehen werden:

- Aus den Hinweisen zu gewählten Methoden, zur Datengrundlage und zu Berechnungsweisen ist deutlich geworden, dass in Folge der insgesamt sehr unbefriedigenden statistischen Ausgangslage vielfach mit zwar plausiblen, aber nur sehr unterschiedlich belastbaren Annahmen gearbeitet werden musste. Daraus folgt zwangsläufig, dass die Ergebnisse der hier präsentierten Studie bei den zu erwartenden zusätzlichen Ausgaben Größenordnungen, nicht aber präzise Angaben darstellen.
- Die in dieser Studie beschriebene demographische Entlastung ab Mitte 2010 wird in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein dadurch konterkariert, dass 2013 bzw. 2016 zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig entlassen werden (in Folge der Einführung der achtjährigen Schulzeit der Gymnasien, G8). Dies wird sich deutschlandweit auswirken, weil dadurch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Berufsbildungssystem für einige Jahre weiter in die Höhe getrieben bzw. auf hohem Niveau gehalten wird. Weil sich derzeit – auf Grund fehlender Erfahrungen – nicht abschätzen lässt, in welchem Umfang dies geschehen wird, hat dies in die vorgelegten Berechnungen keinen Eingang gefunden.
- Hinsichtlich der Frage, wie hoch die Zahl der jungen Erwachsenen sein wird, die in Folge der Reform zusätzlich nicht nur in eine Ausbildung einmünden, sondern auch eine abgeschlossene Berufsausbildung erlangen werden, ist die Erfolgsquote in der Berufsausbildung ausschlaggebend. Dieser Aspekt musste in der hier präsentierten Studie unberücksichtigt bleiben, da dazu keine belastbaren Grundlagendaten verfügbar sind.



II. Tabellen 1 bis 12

Tabelle 1: Schülerinnen und Schüler in den drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems – Anfänger im Ausbildungsgeschehen 2011

Land	absolut			prozentuale Verteilung		
	Übergangs- system*	Duales System	Schulberufs- system	Übergangs- system*	Duales System	Schulberufs- system
Baden-Württemberg	63.052	72.042	26.366	39,1	44,6	16,3
Bayern	21.045	84.694	28.525	15,7	63,1	21,2
Berlin	7.430	18.030	12.488	19,6	47,5	32,9
Brandenburg	3.224	9.583	5.521	17,6	52,3	30,1
Bremen	3.288	6.322	1.765	28,9	55,6	15,5
Hamburg	4.981	14.382	4.751	20,7	59,6	19,7
Hessen	18.731	39.269	13.444	26,2	55,0	18,8
Mecklenburg-Vorpommern	2.224	8.015	3.639	16,0	57,8	26,2
Niedersachsen	47.578	57.215	22.091	37,5	45,1	17,4
Nordrhein-Westfalen	71.083	120.572	49.747	29,4	49,9	20,6
Rheinland-Pfalz	16.301	27.447	12.913	28,8	48,4	22,8
Saarland	4.192	6.408	2.160	32,9	50,2	16,9
Sachsen	6.033	19.028	13.187	15,8	49,7	34,5
Sachsen-Anhalt	4.936	11.620	6.842	21,1	49,7	29,2
Schleswig-Holstein	16.298	19.910	7.298	37,5	45,8	16,8
Thüringen	3.898	10.241	6.633	18,8	49,3	31,9
Deutschland	294.294	524.778	217.370	28,4	50,6	21,0

*Ohne Berücksichtigung von 27.121 Fällen, die in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen (mögliche Doppelzählungen) teilnehmen

Quelle: Eigene Berechnungen nach: Statistisches Bundesamt: Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger im Ausbildungsgeschehen 2011 nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden 2012

Tabelle 2: Anfänger im Ausbildungsgeschehen (Übergangssystem) nach schulischer Vorbildung (2010)*

Land	ohne HS-Abschluss	mit HS-Abschluss	mit mittlerem Abschluss	mit Hochschulreife	sonstige und ohne Angabe
Baden-Württemberg	11,4	51,5	35,8	1,2	0,1
Bayern	23,9	60,4	14,0	1,2	0,5
Berlin	28,6	56,2	14,5	0,3	0,3
Brandenburg	45,4	35,9	15,2	2,4	1,1
Bremen	24,2	27,6	28,7	0,7	18,8
Hamburg	38,7	49,7	10,7	0,6	0,2
Hessen	18,7	58,4	19,2	0,9	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	51,8	31,2	15,9	0,9	0,2
Niedersachsen	19,0	39,0	39,8	1,0	1,3
Nordrhein-Westfalen	22,3	49,1	23,9	3,2	1,3
Rheinland-Pfalz	16,0	76,2	7,4	0,3	0,2
Saarland	21,0	72,1	5,8	0,9	0,2
Sachsen	45,4	39,2	14,0	0,8	0,7
Sachsen-Anhalt	47,0	37,6	14,7	0,5	0,3
Schleswig-Holstein	13,6	73,0	12,7	0,4	0,2
Thüringen	41,3	46,6	11,3	0,6	0,1
Deutschland	20,6	52,0	24,9	1,5	1,1

*Angaben in Prozent

Quelle: Eigene Berechnung auf der Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes (Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2010 – Datenübermittlung am 30.3.2012)



Tabelle 3: Abgänger/Absolventen allgemeinbildender Schulen ohne und mit Hauptschulabschluss (2010)

Land	ohne Hauptschulabschluss		davon aus Förder- schulen (in %)	mit Hauptschulabschluss	
	absolut	in %*		absolut	in %*
Baden-Württemberg	6.240	5,2	63,3	31.999	27,4
Bayern	7.579	5,6	54,6	34.608	26,0
Berlin	2.730	10,5	27,8	5.969	22,9
Brandenburg	1.629	9,8	66,9	2.832	17,3
Bremen	415	6,7	56,4	1.650	26,9
Hamburg	1.224	8,3	57,2	2.516	17,0
Hessen	3.863	6,2	58,9	13.210	19,9
Mecklenburg-Vorpommern	1.434	13,8	73,5	1.188	11,6
Niedersachsen	5.218	5,9	54,5	14.462	16,2
Nordrhein-Westfalen	11.925	6,0	55,2	38.741	19,3
Rheinland-Pfalz	2.565	5,8	57,7	9.163	21,1
Saarland	566	5,4	59,2	2.700	26,2
Sachsen	2.341	9,5	68,2	2.341	9,8
Sachsen-Anhalt	1.844	12,6	71,5	2.177	14,9
Schleswig-Holstein	2.202	7,1	53,3	8.151	26,6
Thüringen	1.266	8,6	61,5	2.141	16,0
Deutschland	53.041	6,5	57,1	173.848	21,4

*Anteile an der gleichaltrigen Bevölkerung nach dem Quotennsummenverfahren

Quelle: KMK: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2001 bis 2010. Berlin 2011

Tabelle 4: Anteile der Neuntklässler, die die Mindeststandards* im Lesen nicht erreichen, sowie Anteile junger Erwachsener ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung

Land	Anteil der Schüler/innen, die Mindeststandards nicht erreichen** (2009)	20- bis unter 30-Jährige ohne Ausbildung in % aller 20- bis unter 30-Jährigen (2010)
Baden-Württemberg	12,5	15,6
Bayern	12,6	13,3
Berlin	22,8	20,3
Brandenburg	18,6	15,2
Bremen	25,9	22,2
Hamburg	21,6	19,4
Hessen	16,9	18,1
Mecklenburg-Vorpommern	15,8	11,3
Niedersachsen	19,3	18,7
Nordrhein-Westfalen	16,5	22,2
Rheinland-Pfalz	16,4	20,0
Saarland	17,6	19,8
Sachsen	14,6	9,2
Sachsen-Anhalt	15,8	13,9
Schleswig-Holstein	19,0	19,4
Thüringen	13,9	10,2
Deutschland	16,2	17,2

*Zu Mindeststandards schreiben Kölle u.a.: „Mindeststandards beziehen sich auf ein definiertes Minimum an Kompetenzen“, von denen „angenommen werden kann, dass Schülerinnen und Schüler, die auf diesem Niveau liegen, sich bei entsprechender Unterstützung erfolgreich in die berufliche Erstausbildung integrieren werden“ (2010: 36). Für die Gruppe derer, die die Mindeststandards verfeheln, kann dies im Umkehrschluss nicht unterstellt werden.

**In Prozent aller Neuntklässler (Überprüfung der Bildungsstandards 2009) – Schätzung auf der Grundlage der Werte für das 10%- und das 25%-Perzentil (vgl. die Erläuterungen im Anhang dieser Studie)

Quellen: Eigene Berechnungen nach: Kölle, O. u. a. (Hrsg.) Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich. Münster 2010 (Neuntklässler – Bildungsstandards 2009)
Statistisches Bundesamt – Mikrozensus 2010 (junge Erwachsene ohne Ausbildung)



Tabelle 5: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland – in 1.000
(12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Variante 1)

Tabelle 5a:

Land	20 bis unter 30	(18 bis unter 20)/2*	(17 bis unter 19)/2*
31.12.2011			
Baden-Württemberg	1.309	122	119
Bayern	1.522	134	135
Berlin	485	27	26
Brandenburg	281	16	16
Bremen	89	6	6
Hamburg	242	16	15
Hessen	705	64	62
Mecklenburg-Vorpommern	205	10	10
Niedersachsen	900	92	89
Nordrhein-Westfalen	2.130	204	196
Rheinland-Pfalz	473	46	44
Saarland	117	11	11
Sachsen	509	24	23
Sachsen-Anhalt	279	15	14
Schleswig-Holstein	310	31	31
Thüringen	272	14	13
Deutschland	9.828	832	810

*Durchschnittsstärke der beiden Altersjahrgänge

Quelle: Statistisches Bundesamt: für 2011 Fortschreibung der Bestandsdaten von 2010, für 2020: 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen – Variante 1 – W1

Tabelle 5b:

31.12.2015	20 bis unter 30	(18 bis unter 20)/2*	(17 bis unter 19)/2*
Baden-Württemberg	1.279	119	117
in % von 2011	97,7	97,5	98,3
Bayern	1.537	134	132
in % von 2011	101,0	100,0	97,8
Berlin	417	27	26
in % von 2011	86,0	100,0	100,0
Brandenburg	212	19	20
in % von 2011	75,4	118,8	125,0
Bremen	90	6	6
in % von 2011	101,1	100,0	100,0
Hamburg	240	16	15
in % von 2011	99,2	100,0	100,0
Hessen	684	62	61
in % von 2011	97,0	96,9	98,4
Mecklenburg-Vorpommern	153	12	12
in % von 2011	74,6	120,0	120,0
Niedersachsen	900	90	89
in % von 2011	100,0	97,8	100,0
Nordrhein-Westfalen	2.132	194	190
in % von 2011	100,1	95,1	96,9
Rheinland-Pfalz	485	44	43
in % von 2011	102,5	95,7	97,7
Saarland	113	10	10
in % von 2011	96,6	90,9	90,9
Sachsen	388	28	29
in % von 2011	76,2	116,7	126,1
Sachsen-Anhalt	207	15	14
in % von 2011	74,2	100,0	100,0
Schleswig-Holstein	311	31	31
in % von 2011	100,3	100,0	100,0
Thüringen	197	15	16
in % von 2011	72,4	107,1	123,1
Deutschland	9.345	822	811
in % von 2011	95,1	98,8	100,1

*Durchschnittsstärke der beiden Altersjahrgänge

Quelle: Statistisches Bundesamt: für 2011 Fortschreibung der Bestandsdaten von 2010, für 2015: 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen – Variante 1 – W1



Tabelle 5c:

31.12.2020	20 bis unter 30	(18 bis unter 20)/2*	(17 bis unter 19)/2*
Baden-Württemberg	1.211	104	102
in % von 2011	92,5	85,5	85,7
Bayern	1.439	120	117
in % von 2011	94,5	89,3	86,7
Berlin	347	26	25
in % von 2011	71,6	96,7	96,2
Brandenburg	169	20	20
in % von 2011	60,1	125,0	125,0
Bremen	83	6	5
in % von 2011	93,3	93,3	83,3
Hamburg	222	15	14
in % von 2011	91,7	93,1	93,3
Hessen	647	56	55
in % von 2011	91,8	87,2	88,7
Mecklenburg-Vorpommern	116	12	12
in % von 2011	56,6	121,0	121,0
Niedersachsen	852	78	75
in % von 2011	94,7	84,6	84,3
Nordrhein-Westfalen	2.003	169	165
in % von 2011	94,0	83,0	84,2
Rheinland-Pfalz	455	38	37
in % von 2011	96,2	82,2	84,1
Saarland	102	8	8
in % von 2011	87,2	75,5	75,5
Sachsen	299	31	31
in % von 2011	58,7	128,8	134,3
Sachsen-Anhalt	156	16	17
in % von 2011	55,9	108,7	121,4
Schleswig-Holstein	295	28	27
in % von 2011	95,2	89,7	87,1
Thüringen	151	16	16
in % von 2011	55,5	115,7	124,6
Deutschland	8.547	743	727
in % von 2011	87,0	89,3	89,7

*Durchschnittsstärke der beiden Altersjahrgänge

Quelle: Statistisches Bundesamt: für 2011 Fortschreibung der Bestandsdaten von 2010, für 2020: 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen – Variante 1 – W1

Tabelle 6: Durchschnittliches Eintrittsalter in eine Ausbildung im dualen System (2010)

Land	Eintrittsalter
Baden-Württemberg	19,0
Bayern	18,3
Berlin	20,4
Brandenburg	19,9
Bremen	20,0
Hamburg	20,0
Hessen	19,5
Mecklenburg-Vorpommern	19,6
Niedersachsen	19,4
Nordrhein-Westfalen	19,8
Rheinland-Pfalz	19,1
Saarland	19,5
Sachsen	19,4
Sachsen-Anhalt	19,6
Schleswig-Holstein	19,3
Thüringen	19,6
Deutschland	19,3

Quelle: Eigene Berechnung nach: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 3 – 2010



Tabelle 7: Prognose der Schülerzahlenentwicklung – in 1.000 (2008 bis 2020)

Jahr	Region	Allgemeinbildende Schulen				Berufsbildende Schulen			
		Primar- bereich	Sekundar- bereich I	Sekundar- bereich II	Förder- schulen	Duales System	Schulberufs- system*	Übergangs- system	insgesamt**
2008/09	Flächenländer West	2.460	3.874	782	307	1.286	335	309	1.930
	Flächenländer Ost	381	441	113	65	263	106	25	394
	Stadtstaaten	193	274	84	22	117	36	20	173
	Deutschland	3.034	4.589	979	394	1.666	477	354	2.497
2020/21	Flächenländer West	2.001	2.931	641	249	1.014	254	213	1.481
	Flächenländer Ost	354	502	112	69	194	78	23	295
	Stadtstaaten	204	297	75	23	106	35	16	157
	Deutschland	2.559	3.730	828	341	1.314	367	252	1.933

*Einschließlich der Schulen des Gesundheitswesens

**Ohne Bildungsgänge, die zum Erwerb der Hochschulreife führen (z.B. Fachoberschulen oder berufliche Gymnasien) und ohne sonstige berufliche Schulen (z.B. Fachschulen für Meister oder Fachakademien)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Bildungsvorausberechnung. Vorausberechnung der Bildungsteilnehmer und Bildungsteilnehmerinnen, des Personal- und Finanzbedarfs bis 2025 – Ausgabe 2010. Wiesbaden 2010

Tabelle 8: Prognose der Zahl der Abgänger und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen

Tabelle 8a:

2011 Land	ohne HS- Abschluss	mit HS- Abschluss	mit mittlerem Abschluss	mit FH- und AH- Reife*	insgesamt	o. HS + m. HS + m. A
Baden-Württemberg	6.600	31.200	47.000	34.322	119.122	84.800
Bayern	8.000	34.500	57.600	35.724	135.824	100.100
Berlin	2.800	6.700	7.900	12.296	29.696	17.400
Brandenburg	1.800	3.300	5.400	9.364	19.864	10.500
Bremen	430	1.700	2.700	2.674	7.504	4.830
Hamburg	1.200	2.600	3.800	12.661	20.261	7.600
Hessen	4.300	14.700	27.500	21.230	67.730	46.500
Mecklenburg-Vorpommern	1.500	1.400	3.600	3.994	10.494	6.500
Niedersachsen	5.000	13.400	39.900	26.296	84.596	58.300
Nordrhein-Westfalen	12.200	37.000	83.200	77.727	210.127	132.400
Rheinland-Pfalz	3.000	12.200	15.700	14.395	45.295	30.900
Saarland	610	2.700	3.300	3.180	9.790	6.610
Sachsen	2.600	2.500	11.400	7.222	23.722	16.500
Sachsen-Anhalt	1.800	2.200	6.000	4.685	14.685	10.000
Schleswig-Holstein	2.100	8.100	10.900	9.925	31.025	21.100
Thüringen	1.300	2.300	6.100	5.450	15.150	9.700
Deutschland	55.240	176.500	332.000	281.145	844.885	563.740

* Ist-Daten für 2010



Tabelle 8b:

2015 Land	ohne HS- Abschluss	mit HS- Abschluss	mit mittlerem Abschluss	mit FH- und AH- Reife	insgesamt	in % von 2011	o. HS+m. HS +m. A in % von 2011
Baden-Württemberg	6.000	18.400	56.500	33.900	114.800	96,4	95,4
Bayern	7.300	29.600	54.800	39.400	131.100	96,5	91,6
Berlin	2.800	7.900	9.800	12.000	32.500	109,4	117,8
Brandenburg	2.000	4.200	6.800	7.710	20.710	104,3	123,8
Bremen	420	1.400	2.500	3.190	7.510	100,1	89,4
Hamburg	1.200	2.700	4.000	8.430	16.330	80,6	103,9
Hessen	3.900	13.200	26.500	23.100	66.700	98,5	93,8
Mecklenburg-Vorpommern	1.600	1.600	4.400	4.800	12.400	118,2	116,9
Niedersachsen	4.300	11.800	39.000	32.300	87.400	103,3	94,5
Nordrhein-Westfalen	11.200	32.200	80.600	86.800	210.800	100,3	93,7
Rheinland-Pfalz	2.400	8.400	15.800	17.200	43.800	96,7	86,1
Saarland	520	2.300	3.000	3.390	9.210	94,1	88,0
Sachsen	2.800	3.000	14.200	8.600	28.600	120,6	121,2
Sachsen-Anhalt	1.900	2.500	6.700	5.160	16.260	110,7	111,0
Schleswig-Holstein	1.900	7.800	11.300	10.630	31.630	102,0	99,5
Thüringen	1.500	2.800	7.500	4.900	16.700	110,2	121,6
Deutschland	51.740	149.800	343.400	301.510	846.450	100,2	96,7

Tabelle 8c:

2020 Land	ohne HS- Abschluss	mit HS- Abschluss	mit mittlerem Abschluss	mit FH- und AH- Reife	insgesamt	in % von 2011	o. HS+m. HS +m. A in % von 2011
Baden-Württemberg	5.400	15.800	48.300	29.500	99.000	83,1	82,0
Bayern	6.600	24.200	46.400	37.300	114.500	84,3	77,1
Berlin	2.800	6.700	8.600	11.700	29.800	100,4	104,0
Brandenburg	1.800	4.000	6.500	8.610	20.910	105,3	117,1
Bremen	350	1.200	2.300	2.990	6.840	91,2	79,7
Hamburg	1.200	2.700	4.000	8.330	16.230	80,1	103,9
Hessen	3.600	12.000	23.600	20.300	59.500	87,8	84,3
Mecklenburg-Vorpommern	940	1.600	5.000	5.230	12.770	121,7	116,0
Niedersachsen	3.600	10.700	34.200	28.500	77.000	91,0	83,2
Nordrhein-Westfalen	10.200	28.900	71.700	74.800	185.600	88,3	83,7
Rheinland-Pfalz	2.100	7.500	12.900	16.400	38.900	85,9	72,8
Saarland	460	2.000	2.400	2.770	7.630	77,9	73,5
Sachsen	2.800	3.100	14.800	9.600	30.300	127,7	125,5
Sachsen-Anhalt	1.700	2.400	6.700	5.160	15.960	108,7	108,0
Schleswig-Holstein	1.700	6.600	9.400	13.460	31.160	100,4	83,9
Thüringen	1.500	2.700	7.600	5.200	17.000	112,2	121,6
Deutschland	46.750	132.100	304.400	279.850	763.100	90,3	85,7

Quelle: KMK: Vorausberechnung der Schüler und Absolventenzahlen 2010–2025. Berlin 2011

Tabelle 9: Ausgaben je Schüler und Schülerin im Bundesländervergleich – in Euro (2009/2011*)

Land	Berufsbildende Schulen			Allgemeinbildende Schulen				
	ins- gesamt	Teilzeit	Vollzeit	Grund- schule	Haupt- schule	Real- schule	Schule mit mehreren Bildungsgängen	Gymna- sium
Baden-Württemberg	4.700	2.600	7.400	4.900	6.900	5.300		6.700
Bayern	3.700	2.600	7.700	5.400	7.600	6.000		7.300
Berlin	4.300	2.700	7.200	5.700		6.900		7.100
Brandenburg	3.200	2.700	4.900	4.500			7.700	6.400
Bremen	3.500	2.300	6.700	5.300			6.400	6.000
Hamburg	4.800	3.200	5.300/ 6.800	6.500				7.100
Hessen	4.500	3.000	6.900	5.200		6.300		6.400
Mecklenburg- Vorpommern	2.900	2.200	4.700	5.000			7.000	6.500
Niedersachsen	3.900	2.300	6.500	4.900	7.200	5.200		5.900
Nordrhein-Westfalen	3.400	2.200	6.000	4.200	6.100	4.300		5.400
Rheinland-Pfalz	3.600	2.300	6.400	5.000	7.000	4.900	6.300	5.900
Saarland	3.300	2.200	4.800	4.800			6.300	6.300
Sachsen	4.000	2.700	6.000	5.600			7.700	7.300
Sachsen-Anhalt	3.200	2.100	5.500	5.800			8.700	7.500
Schleswig-Holstein	3.600	2.600	5.800	4.800	5.800	5.200		5.600
Thüringen	4.800	3.100	7.400	6.000			9.700	8.300
Deutschland	3.900	2.500	6.700	5.000	6.900	5.300	7.700	6.400

*Die Werte für 2011 wurden – orientiert an dem Verbraucherpreisindex – auf der Grundlage der Ausgaben im Jahr 2009 berechnet und auf Hunderter gerundet. Vgl. dazu: Statistisches Bundesamt: Preise – Verbraucherpreisindizes für Deutschland. Wiesbaden 2012

Quellen: KMK: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2000 bis 2009. Berlin 2011

Für die berufsbildenden Vollzeitschulen auf der Basis der Verteilung der Schüler der Berufsbildenden Schulen auf Voll- und Teilzeitschulen berechnet

In Hamburg beruhen die Werte auf im Entwurf des Haushaltsplans 2013/14 angegebenen Ergebnisdaten der Jahre 2010 und 2011: 5.300 Euro: gewichteter Durchschnitt der Ausgaben je Schüler in Berufsfachschulen (vollqualifizierend mit Hauptschul- bzw. mit Realabschluss – mit und ohne Praxisstunden). 6.800 Euro: gewichteter Durchschnitt der Ausgaben je Schüler der teilqualifizierenden Berufsfachschule (mit Hauptschul- bzw. Realabschluss), der Ausbildungsvorbereitung, des Berufsvorbereitungsjahres Migranten und des Vorbereitungsjahres Migranten (jeweils Vollzeit) Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben je Schüler/-in 2009. Wiesbaden 2012



Tabelle 10: Öffentliche Ausgaben je Bildungsteilnehmer und Bildungsteilnehmerin in ausgewählten Bildungskarrieren – in Euro (2011) Deutschland

Bildungskarriere > Bildungseinrichtung	jährliche Ausgaben je Schüler/ Studierenden	Karriere- typ A	Karriere- typ B	Karriere- typ C	Karriere- typ D	Rahmenkonzept**	
						betriebsnahe Ausbildung	Hinführung + betriebsnahe Ausbildung
Grundschule (4 Jahre)	5.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Hauptschule (5 bzw. 6 Jahre)	6.900	34.500	41.400			41.400	41.400
Realschule (6 Jahre)	5.300			31.800			
duale Ausbildung (3,5 Jahre)	2.500	8.750	8.750				
Vollzeitberufsschule (1 Jahr)	6.700						6.700
Berufsschule VZ/ außerbetriebliche Ein- richtung (3,5 Jahre)*	6.600					23.100	23.100
Fachoberschule (2 Jahre)	6.700			13.400			
Gymnasium (G8 – 8 Jahre)	6.400				51.200		
Fachhochschule (4,5)	3.700			16.650			
Universität (5,5 Jahre)	8.700				47.850		
insgesamt	63.250	70.150	81.850	119.050	84.500	91.200	

Karrieretyp A: nach vierjähriger Grundschul- und fünfjähriger Hauptschulzeit dreieinhalbjährige Ausbildung im dualen System

Karrieretyp B: nach vierjähriger Grundschul- und sechsjähriger Hauptschulzeit dreieinhalbjährige Ausbildung im dualen System

Karrieretyp C: nach vierjähriger Grund- und sechsjähriger Realschulzeit sowie zweijähriger Fachoberschulzeit ein Fachhochschulstudium

Karrieretyp D: nach vierjähriger Grundschul- und achtjähriger Gymnasialzeit ein Universitätsstudium (5,5 Jahre)

Alle Ausgabenansätze auf der Grundlage der Ausgabenansätze der Schulträger je Schüler und Jahr, im Fall der berufsbildenden Schulen nur Ausgaben für den schulischen Teil der Ausgaben, im Fall der Ausbildung für Fachhochschulen und Universitäten Durchschnittssätze für alle Studiengänge

* Gewichteter Durchschnitt bei den Ausgaben je Jahr (Vollzeitberufsschule: 6.700 Euro/außerbetriebliche Einrichtung: 5.900 Euro – ohne Zuschüsse für Ausbildungsvergütung und Sozialversicherungsbeiträge)

** Unter der Annahme eines sechsjährigen Bildungsgangs in der Hauptschule

Quellen: Eigene Berechnungen in methodischer Anlehnung an: Statistisches Bundesamt: Bildungsfinanzbericht 2011, Wiesbaden 2011: 28 f., 100, 109

Abweichend vom Verfahren des Statistischen Bundesamtes wurden bei den Ausgaben für das duale System nur die öffentlichen Ausgaben je Schüler (vgl. Tabelle 9) berücksichtigt.

Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben je Schüler/-in 2009, Wiesbaden 2012

Statistisches Bundesamt: Hochschulen auf einen Blick – Ausgabe 2011, Wiesbaden 2011: 14 f. und 37 (für Ausgaben je Studienplatz und durchschnittliche Studiendauer)

Die Ausgabenansätze für das Jahr 2009 wurden – orientiert an dem Verbraucherpreisindex – für 2011 fortgeschrieben und auf Hunderter gerundet. Vgl. dazu: Statistisches Bundesamt: Preise – Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Wiesbaden 2012

Tabelle 11: Anteil der überwiegend öffentlich finanzierten neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge an der Gesamtzahl der Schüler im Übergangssystem

Land	Schüler im Übergangssystem* (2011)	öffentliche finanzierte neue Ausbildungsverträge (2011)**	
		Anzahl**	in %
Baden-Württemberg	63.052	2.767	4,4
Bayern	21.045	2.618	12,4
Berlin	7.430	1.568	21,1
Brandenburg	3.224	1.229	38,1
Bremen	3.288	246	7,5
Hamburg	4.981	562	11,3
Hessen	18.731	2.615	14,0
Mecklenburg-Vorpommern	2.224	1.233	55,4
Niedersachsen	47.578	2.919	6,1
Nordrhein-Westfalen	71.083	7.846	11,0
Rheinland-Pfalz	16.301	1.655	10,2
Saarland	4.192	350	8,3
Sachsen	6.033	2.056	34,1
Sachsen-Anhalt	4.936	1.765	35,8
Schleswig-Holstein	16.298	1.141	7,0
Thüringen	3.898	964	24,7
Deutschland	294.294	31.734	10,8

*Vgl. Tabelle 1

**Information der Bundesagentur für Arbeit vom 26.4.2012. In dem Wert für Deutschland sind 200 Neuzugänge mit Wohnsitz im Ausland enthalten.

Tabelle 12: Berechnung der durchschnittlichen Jahresausgaben je Platz in außerbetrieblichen Einrichtungen (2011)

	außerbetriebliche Einrichtungen (BaE)		
	kooperativ	integrativ	insgesamt
Anzahl	12.237	11.008	23.245
Anteil in %	52,6	47,4	100,0
Ausgaben je Person in Euro*	4.175	7.775	5.880

*Ohne Zuschüsse für Ausbildungsvergütung und Sozialversicherungsbeiträge

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Daten der Bundesagentur für Arbeit (Auskunft vom 13.4.2012) – nur bezogen auf die von der Bundesagentur mitfinanzierten Maßnahmen



III. Tabellen D1 bis D6

Tabelle D1: Ausgaben für die vollständige betriebsnahe Ausbildung (BA*) der Gruppe der Marktbenachteiligten – 2011 Deutschland

Berechnungsgrundlage für die Teilnehmerzahl an betriebsnaher Ausbildung

Zahl der Neuzugänge in das Übergangssystem**	Quote der Risikoschüler in %	Jahrgangsstärke 18-/19-Jährige	Anzahl der Risikoschüler	Teilnehmerzahl BA*
294.294	16,2	832.000	134.784	159.510

*BA: Betriebsnahe Ausbildung: Alle Neuzugänge abzüglich der Risikoschüler

**Quelle: Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2011

Ausgaben für puntuellen Förderbedarf im ersten Ausbildungsjahr

Teilnehmerzahl BA	Teilnehmerquote abH* in %	Teilnehmerzahl puntueller Förderbedarf	Ausgaben je Teilnehmer in Euro	Gesamtausgaben in Euro
159.510	10,0	15.951	710	11.325.210

*Ausbildungsbegleitende Hilfen – hier gesetzte Quote

Schaffung von Ausbildungsplätzen in betriebsnaher Ausbildung

Träger	Ausgaben je Schüler in Euro	Aufteilung auf die beiden Träger in %	Teilnehmerzahl	Gesamtausgaben in Euro
Berufsbildende Schulen	6.700	89,2	142.283	953.295.564
Außerbetriebliche Einrichtungen*	5.900	10,8	17.227	101.639.772
insgesamt			159.510	1.054.935.336
jährliche Ausgaben vom Jahr 4 nach der Neuordnung an**				3.692.273.676

*Gewichteter Durchschnitt der Ausgaben für integrative und kooperative Maßnahmen – ohne Zuschüsse für Ausbildungsvergütung und Sozialversicherungsbeiträge (vgl. Tabelle 12)

**Bei einer unterstellten Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren

Ausgaben insgesamt* in Euro

3.703.598.886

*Vom Jahr 4 nach der Neuordnung an

Tabelle D2: Ausgaben für die Hinführung zur Ausbildungsreife sowie eine anschließende Ausbildung – 2011 Deutschland

Berechnungsgrundlage für die Teilnehmerzahl Hinführung zur Ausbildungsreife

Quote der Risikoschüler in %	Jahrgangsstärke 18-/19-Jährige	Teilnehmer Ausbildungsreife
16,2	832.000	134.784

Schaffung von Plätzen für die Hinführung zur Ausbildungsreife

Ausgaben je Teilnehmer in Euro	Gesamtausgaben in Euro
6.700	903.052.800

Schaffung von Ausbildungsplätzen in betriebsnaher Ausbildung

Ausbildungsorte	Verteilungsquote* in %	Teilnehmer	Ausgaben je Teilnehmer in Euro	Gesamtausgaben in Euro
Teilnehmer Ausbildungsreife	100,0	134.784		
Berufsbildende Schulen	89,2	120.227	6.700	805.523.098
Außenbetriebliche Einrichtungen*	10,8	14.557	5.900	85.884.365
insgesamt mit zusätzlich erworbener Ausbildung		134.784		891.407.462
jährliche Kosten vom Jahr 4 nach der Neuordnung an**				3.119.926.118

*Gewichteter Durchschnitt der Ausgaben für integrative und kooperative Maßnahmen – ohne Zuschüsse für Ausbildungsvergütung und Sozialversicherungsbeiträge (vgl. Tabelle 12)

**Bei einer unterstellten Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren

Ausgaben insgesamt* in Euro

4.022.978.918

*Vom Jahr 4 nach der Neuordnung an



Tabelle D3: Ausgaben für die vollständige betriebsnahe Ausbildung (BA*) der Gruppe der Marktbenachteiligten – 2015 Deutschland

Entwicklung der Zahl der Abgänger/Absolventen ohne und mit Hauptschulabschluss sowie mit einem mittleren Abschluss			Entwicklung der Zahl der Neuzugänge in das Übergangssystem	
Jahr	absolut	Veränderungsfaktor	absolut	in %
2011	563.740	1,000	294.294	1,000
2015	544.940	0,967	284.480	0,967

*BA: Betriebsnahe Ausbildung: alle Neuzugänge abzüglich der Risikoschüler
Vgl. Tabelle 8

Entwicklung der Zahl der Ausbildungsangebote in Folge der demographischen Reduktion

	2011	2015
Aufnahmekapazität DS und SBS*	742.148	742.148
Nachfrage bei Struktur 2011**	742.148	717.398
Freie Plätze 2015		24.750

*DS – duales System, SBS – Schulberufssystem: Quelle: Integrierten Ausbildungsberichterstattung 2011 – Sektor I

**Reduktion der Nachfrage auf 0,967%

Berechnungsgrundlage für die Teilnehmerzahl an betriebsnaher Ausbildung

Zahl der Neuzugänge in das Übergangssystem*	Quote der Risikoschüler in %	Jahrgangsstärke der 17-/18-Jährigen	Anzahl der Risikoschüler	Teilnehmerzahl BA**
259.730	16,2	811.000	131.382	128.348

*Neuzugänge von 2015 abzüglich der freien Plätze

**BA: Betriebsnahe Ausbildung: alle Neuzugänge abzüglich der Risikoschüler

Berechnungsgrundlage für die Teilnehmerzahl punktueller Förderbedarf

Teilnehmerzahl BA	Teilnehmerquote abH* in %	Teilnehmerzahl punktueller Förderbedarf	Ausgaben je Teilnehmer in Euro	Gesamtausgaben in Euro
128.348	10,0	12.835	710	9.112.708

*Ausbildungsbegleitende Hilfen

Schaffung von Ausbildungsplätzen in betriebsnaher Ausbildung

Träger	Ausgaben je Schüler in Euro	Aufteilung auf die beiden Träger in %	Teilnehmerzahl	Gesamtausgaben in Euro
Berufsbildende Schulen	6.700	86,6	111.121	744.510.697
Außerbetriebliche Einrichtungen*	5.900	13,4	17.227	101.639.300
insgesamt			128.348	846.149.997
jährliche Kosten vom Jahr 4 nach der Neuordnung an**			2.961.524.990	

*Gewichteter Durchschnitt der Ausgaben für integrative und kooperative Maßnahmen – ohne Zuschüsse für Ausbildungsvergütung und Sozialversicherungsbeiträge (vgl. Tabelle 12); bei gegenüber den Annahmen für 2011 konstant bleibendem Platzangebot (vgl. Tabelle D1)

**Bei einer unterstellten Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren

Ausgaben insgesamt* in Euro

2.970.637.698

*Vom Jahr 4 nach der Neuordnung an

Tabelle D4: Ausgaben für die Hinführung zur Ausbildungsreife sowie eine anschließende Ausbildung – 2015 Deutschland

Berechnungsgrundlage für die Teilnehmerzahl Hinführung zur Ausbildungsreife

Quote der Risikoschüler in %	Jahrgangsstärke der 17-/18-Jährigen	Teilnehmer Ausbildungsreife
16,2	811.000	131.382

Schaffung von Plätzen für die Hinführung zur Ausbildungsreife

Ausgaben je Teilnehmer in Euro	Gesamtausgaben in Euro
6.700	880.259.400

Schaffung von Ausbildungsplätzen in betriebsnaher Ausbildung

Ausbildungsorte	Verteilungsquote in %	Teilnehmer	Ausgaben je Teilnehmer in Euro	Gesamtausgaben in Euro
Teilnehmer Ausbildungsreife	100,0	131.382		
Berufsbildende Schulen	88,9	116.825	6.700	782.727.500
außerbetriebliche Einrichtungen*	11,1	14.557	5.900	85.886.300
insgesamt mit zusätzlich erworbener Ausbildung		131.382		868.613.800
jährliche Kosten vom Jahr 4 nach der Neuordnung an**				3.040.148.300

*Gewichteter Durchschnitt der Ausgaben für integrative und kooperative Maßnahmen – ohne Zuschüsse für Ausbildungsvergütung und Sozialversicherungsbeiträge (vgl. Tabelle 12); bei gegenüber den Annahmen für 2011 konstant bleibendem Platzangebot (vgl. Tabelle D3)

**Bei einer unterstellten Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren

Ausgaben insgesamt* in Euro

3.920.407.700

*Vom Jahr 4 nach der Neuordnung an



Tabelle D5: Bilanzierung von Mehr- und Minderausgaben der Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf ab dem 4. Jahr nach der Neuordnung – 2011 Deutschland

Jährliche Mehrausgaben in Euro

Maßnahmetyp	Ausgaben in Euro*
Betriebsnahe Ausbildung	3.703.598.886
Hinführung zur Ausbildungsreife	4.022.978.918
insgesamt	7.726.577.804

*Vgl. die Tabellen D1 und D2

Jährliche Minderausgaben der beruflichen Ausbildung in Euro

	in %	absolut*	Ausgaben in Euro	Gesamtausgaben in Euro
Ausbildete nach Durchlaufen des Übergangssystems vor der Neuordnung	100,0	151.190		
davon außerbetriebliche Einrichtungen**	21,0	31.784	5.900	187.525.600
davon vollzeitschulische Ausbildung	79,0	119.406	6.700	800.020.200
insgesamt			987.545.800	
über die Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren				3.456.410.300

*Von den 294.294 Jugendlichen im Übergangssystem – so wird in Ableitung aus der Quote der ausbildungslosen 20- bis unter 30-Jährigen in Höhe von 17,2 % eines Altersjahrgangs unterstellt – erwerben etwa 51,4 % (151.190) einen Ausbildungsabschluss. Rechenweg: Von den 20- bis unter 30-Jährigen erwarben 17,2 % (2010) keinen Berufsbildungsabschluss (Tabelle 4). Bezogen auf die Alterskohorte der damals 19-Jährigen (Tabelle 5) sind dies 143.104. Dies sind von den 294.294 des Übergangssystems (Tabelle 1) 48,6 %, die keinen und 51,4 %, die einen beruflichen Ausbildungsabschluss erreichen.

**Gewichteter Durchschnitt der Ausgaben für integrative und kooperative Maßnahmen – ohne Zuschüsse für Ausbildungsvergütung und Sozialversicherungsbeiträge (vgl. Tabelle 12); zur Platzzahl vgl. Tabelle 11

Jährliche Minderausgaben des Übergangssystems*

Ausgaben je Teilnehmer im bisherigen Übergangssystem in Euro	Teilnehmer (2011)	Ausgaben insgesamt in Euro
6.700	294.294	2.721.042.324

*Der Teilnehmer, die nach der Neuordnung in betriebsnahe Ausbildung bzw. in Hinführung zur Ausbildungsreife einmünden bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 16,6 Monaten (vgl. Beicht 2009: 5)

Jährliche Minderausgaben insgesamt in Euro

6.177.452.624

Bilanzierung Mehr- und Minderausgaben insgesamt in Euro	
Mehrausgaben	7.726.577.804
Minderausgaben	6.177.452.624
Ausgabenbilanz	1.549.125.180
Ausgaben je Jugendlichen mit in Folge der Neuordnung aufgenommener Ausbildung – in Euro	
Anzahl der beteiligten Jugendlichen*	Ausgaben je Abschluss in Euro
143.104	10.825
*Zahl der Jugendlichen, die nach der Reform des Übergangssystems zusätzlich eine Berufsausbildung erhalten – ohne Berücksichtigung von Ausbildungsabbrüchen	

Tabelle D6: Bilanzierung von Mehr- und Minderausgaben der Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf ab dem 4. Jahr nach der Neuordnung – 2015 Deutschland

Jährliche Mehrausgaben in Euro

Maßnahmetyp	Ausgaben in Euro*
Betriebsnahe Ausbildung	2.970.637.698
Hinführung zur Ausbildungsreife	3.920.407.700
insgesamt	6.891.045.398

*Vgl. die Tabellen D3 und D4

Jährliche Minderkosten der beruflichen Ausbildung in Euro

	in %	absolut*	Ausgaben in Euro	Gesamtausgaben in Euro
Ausgebildete nach Durchlaufen des Übergangssystems vor der Neuordnung	100,0	133.501		
davon außerbetriebliche Einrichtungen**	23,8	31.784	5.900	187.525.600
davon vollzeitschulische Ausbildung	76,2	101.717	6.700	681.503.900
insgesamt				869.029.500
über die Ausbildungsdauer von 3,5 Jahren				3.041.603.250

*Von den 259.730 Jugendlichen im Übergangssystem (vgl. Tabelle TD5) – so wird in Ableitung aus der Quote der ausbildunglosen 20- bis unter 30-Jährigen in Höhe von 17,2 % eines Altersjahrgangs unterstellt – erwerben etwa 51,4 % (133.501) einen Ausbildungsabschluss. Rechenweg: Von den 20- bis unter 30-Jährigen erwarben 17,2 % (2010) keinen Berufsbildungsabschluss (Tabelle 4). Bezogen auf die Alterskohorte der damals 19-Jährigen (Tabelle 5) sind dies 143.104. Dies sind von den 294.294 des Übergangssystems (Tabelle 1) 48,6 %, die keinen und 51,4 %, die einen beruflichen Ausbildungsabschluss erreichen.

**Gewichteter Durchschnitt der Ausgaben für integrative und kooperative Maßnahmen – ohne Zuschüsse für Ausbildungsvergütung und Sozialversicherungsbeiträge (vgl. Tabelle 12); zur Platzzahl vgl. Tabelle 11

Jährliche Minderausgaben des Übergangssystems*

Ausgaben je Teilnehmer im bisherigen Übergangssystem in Euro	Teilnehmer (2015)	Ausgaben insgesamt in Euro
6.700	259.730	2.401.463.580

*Der Teilnehmer, die nach der Neuordnung in betriebsnahe Ausbildung bzw. in Hinführung zur Ausbildungsreife einmünden bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 16,6 Monaten (vgl. Beicht 2009: 5)

Jährliche Minderausgaben insgesamt in Euro

5.443.066.830

Bilanzierung Mehr- und Minderkosten insgesamt in Euro	
Mehrausgaben	6.891.045.398
Minderausgaben	5.443.066.830
Ausgabenbilanz	1.447.978.568
Ausgaben je Jugendlichen mit in Folge der Neuordnung aufgenommener Ausbildung – in Euro	
Anzahl der beteiligten Jugendlichen*	Ausgaben je Abschluss in Euro
126.229	11.471
*Zahl der Jugendlichen, die nach der Reform des Übergangssystems zusätzlich eine Berufsausbildung erhalten – ohne Berücksichtigung von Ausbildungsabbrüchen	



IV. Erläuterungen zu den Tabellen D1 bis D6

Tabelle D1: Im ersten Zeilenblock wird die Zahl der Teilnehmer an betriebsnaher Ausbildung nach dem im Text beschriebenen Verfahren berechnet. Von den Neuzugängen in das Übergangssystem wird die Zahl der „Risikoschüler“ abgezogen. Die Differenz ergibt die Teilnehmerzahl an der betriebsnahen Ausbildung.

Im zweiten Zeilenblock wird (ermittelt über die Teilnehmerquote von 10%) die Zahl derer, die punktuellen Förderbedarf haben, mit dem im Text erläuterten Ausgabenansatz multipliziert, so dass sich die Ausgaben für den punktuellen Förderbedarf ergeben.

Im dritten Zeilenblock werden die Ausgaben für die betriebsnahe Ausbildung berechnet: Dazu wird (vgl. auch dazu die Erläuterungen im Text) eine Aufteilung der Teilnehmer auf berufsbildende Schulen (Vollzeit) und auf außerbetriebliche Einrichtungen vorgenommen. Durch Multiplikation der Teilnehmerzahlen mit den jeweiligen Ausgabenansätzen und durch Addition beider Ergebnisse ergeben sich die Gesamtausgaben.

In der Zeile „Ausgaben insgesamt“ werden die Ausgaben für die punktuelle Förderung und für die betriebsnahe Ausbildung zusammengefasst.

Tabelle D2: Im ersten Zeilenblock wird – über die Quote der „Risikoschüler“ – die Teilnehmerzahl der Gruppe „Hinführung“ ermittelt. Daraus wird im zweiten Zeilenblock die Höhe der Ausgaben für eine einjährige Maßnahme, die zur Ausbildungsreife führt, ermittelt.

Im dritten Zeilenblock werden die Ausgaben für die betriebsnahe Ausbildung berechnet: Dazu wird (vgl. auch dazu die Erläuterungen im Text) eine Aufteilung der Teilnehmer auf berufsbildende Schulen (Vollzeit) und auf außerbetriebliche Einrichtungen vorgenommen. Durch Multiplikation der Teilnehmerzahlen mit den jeweiligen Ausgabenansätzen und durch Addition beider Ergebnisse ergeben sich die Gesamtausgaben.

In der Zeile „Ausgaben insgesamt“ werden die Ausgaben für die Hinführung und für die betriebsnahe Ausbildung zusammengefasst.

Tabelle D3: Im ersten Zeilenblock wird (vgl. dazu den Abschnitt „Entwicklung der Schülerzahlen“ im Text) zunächst die Zahl der für 2015 erwarteten Neuzugänge in das Übergangssystem berechnet – orientiert an der aus Tabelle 8 abgeleiteten Zahl der Schulabschlüsse.

Im zweiten Zeilenblock (vgl. auch dazu den Abschnitt „Entwicklung der Schülerzahlen“ im Text) wird ermittelt, wie hoch die Zahl der in der Folge der demographischen Entwicklung im Schulberufssystem und im dualen System frei werdenden Ausbildungsplätze für Neuzugänge sein wird.

Da unterstellt wird, dass diese Plätze weiterhin für bisher Marktbenachteiligte zur Verfügung stehen werden, vermindert sich die Zahl der Neuzugänge in die betriebsnahe Ausbildung noch einmal um diese Platzzahl (vgl. den dritten Zeilenblock).

Die drei weiteren Zeilenblöcke folgen dem Muster der Tabelle D1.

Tabelle D4: Diese Tabelle ist wie Tabelle D2 aufgebaut. Für die Schaffung von Plätzen in der betriebsnahen Ausbildung wird in den Tabellen D3 und D4 davon ausgegangen, dass die Zahl der Plätze in außerbetrieblichen Einrichtungen im Umfang der 2011 verfügbaren Platzzahl erhalten bleibt.

Tabelle D5 und D6: Im jeweils ersten Zeilenblock werden die Mehrausgaben – übernommen aus den in der Fußnote angegebenen Tabellen – zusammengefasst dargestellt.

Im zweiten Zeilenblock werden die Minderausgaben ermittelt, die sich daraus ergeben, dass auch vor der Reform junge Menschen nach Verlassen des Übergangssystems eine Ausbildung aufgenommen haben und dass für diese Gruppe nach der Reform diese Ausgaben ihrer Ausbildung entfallen (vgl. dazu den Text). Dabei wird wiederum unterstellt, dass der Anteil der Plätze in außerbetrieblichen Einrichtungen so hoch wie in den Tabellen D1 bis D4 ist.

Im dritten Zeilenblock werden die Minderausgaben berechnet, die dadurch entstehen, dass der im Durchschnitt 16,6 Monate dauernde Aufenthalt im Übergangssystem künftig entfällt (bei der Gruppe „betriebsnahe Ausbildung“) bzw. künftig nur noch 12 Monate dauert (bei der Gruppe „Hinführung“).

Im vierten Zeilenblock werden die Minderausgaben zusammengefasst.

Im fünften Zeilenblock ergibt sich aus der Bilanzierung von Mehr- und Minderausgaben als Ausgabenbilanz das Volumen der Mehr- bzw. Minderausgaben, die durch die Reform entstehen werden.

Im sechsten Zeilenblock schließlich wird der Wert der Ausgabenbilanz durch die Zahl der Jugendlichen dividiert, die in Folge der Neuordnung zusätzlich eine Ausbildung aufnehmen werden. Deren Zahl (2011: 143.104) ergibt sich dadurch, dass von der Gesamtzahl der Neueintritte in das Übergangssystem (in diesem Fall 294.294) die Zahl derer abgezogen wird, die auch zuvor eine Ausbildung hat abschließen können (in diesem Fall 151.190)



Literatur

Allmendinger, Jutta, Johannes Giesecke und Dirk Oberschachtsiek. Unzureichende Bildung. Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Gütersloh 2011.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung. Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld 2010.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung. Bildung in Deutschland 2008. Bielefeld 2008.

Beicht, Ursula. „Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleifen?“ BIBB Report 11 2009. 1–16.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Übergänge mit System. Rahmenkonzept für eine Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Gütersloh 2011.

Euler, Dieter, und Eckart Severing. „Eckpunkte der Initiative ‚Übergänge mit System‘. Die gemeinsamen Leitlinien für eine Reform des Übergangssystems.“ Übergänge mit System. Rahmenkonzept für eine Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2011. 15–77.

Hamburger Institut für Berufliche Bildung. Zweijährige Erprobung des Ausbildungsvorbereitungsjahres (AVJ) in den Schuljahren 2006/07 und 2007/08 – Abschlussbericht. Hamburg 2009.

KMK. Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2010–2025. Berlin 2011.

KMK. Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 2001 bis 2010. Berlin 2011.

Köller, Olaf, Michael Knigge und Bernd Tesch. Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich. Münster 2010.

Konsortium Bildungsberichterstattung. Bildung in Deutschland. Bielefeld 2006.

OECD. Bildung auf einen Blick 2011. Paris 2011.

OECD. PISA 2009 Ergebnisse. Was Schülerinnen und Schüler wissen und können. Paris 2010.

Prenzel, Manfred u. a. PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland. Münster 2004.



Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Deutschland – Ein Vergleich der Bundesländer. Ausgabe 2012. Wiesbaden 2012.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Projektbeirat. Bisherige Ergebnisse und zusätzliche Potenziale der integrierten Ausbildungsberichterstattung – Empfehlungen zur Weiterentwicklung der IABE. Bonn 2011.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Bildungsvorausberechnung. Wiesbaden 2010.

Statistisches Bundesamt. Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2011. Anfänger im Ausbildungsgeschehen 2011 nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden 2012.

Statistisches Bundesamt. Preise – Verbraucherpreisindizes für Deutschland. Wiesbaden 2012.

Statistisches Bundesamt. Hochschulen auf einen Blick – Ausgabe 2012. Wiesbaden 2012.

Statistisches Bundesamt. Bildungsausgaben – Ausgaben je Schüler/-in 2009. Wiesbaden 2012.

Statistisches Bundesamt. Bildungsfinanzbericht 2011. Wiesbaden 2011.

Statistisches Bundesamt. „Bildung und Kultur.“ Berufliche Bildung 2010. Fachserie 11 – Reihe 3. Wiesbaden 2011.

Wößmann, Ludger, und Marc Piopiunik. Was unzureichende Bildung kostet. Eine Berechnung der Folgekosten durch unzureichende Bildung. Gütersloh 2009.

Summary

In 2011, some 300,000 young adults in Germany found themselves in that sector of the vocational training system offering no qualifications: the school-to-work system. Many of them remain stuck for extended periods in this system, making the transition to a proper training program only after considerable delay. Some fail to make the transition at all, as Germany registers 150,000 working-age young adults each year who have not officially completed any vocational training. For German society, this represents a massive waste of potential talent, a problem of considerable proportion given the country's declining population and widespread complaints in the private sector of a skilled labor shortage.

The "Systematic School-to-Work Transitions" initiative addresses these issues while targeting a reform of the transitional measures system. Within the framework of the initiative, the Bertelsmann Stiftung cooperates closely with 16 ministries in nine German federal states (Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, North Rhine-Westphalia, Saxony and Schleswig-Holstein) and the German Federal Employment Agency. The initiative has presented a conceptual framework in which all stakeholders have agreed upon a training guarantee for youth. This guarantee is designed to ensure that all young adults ready and able to participate in training find an apprenticeship position, ideally within the dual system. Those who do not secure an apprenticeship within a company or firm receive instead a public-funded training position. According to the envisioned reforms, transition measures apply only to those young adults not yet situated to learn a trade.

Introducing a training guarantee is not intended to replace the current dual system. It is intended, however, to provide an alternative for those young adults who are falling through the cracks in the current system. The study presented here lays out the costs of implementing such a guarantee.

The calculations show an annual maximum cost of €1.5 billion, not accounting for training allowances and social security contributions, to roll out a training guarantee across the country. This equals €11,000 for each individual who makes the transition to vocational training as a result of the training guarantee. If in the future the number of vocational training positions offered by companies increases, this will result in reduced costs for the guarantee.

But even if the number of training positions offered by the private sector remains constant, the training guarantee yields considerable long-term benefits. Over a 35-year period, for each individual investment of €11,000 there is a savings of €22,000 that is generated by higher income tax revenues and unemployment insurance contributions and reduced spending on unemployment and social benefits.



The benefits of a training guarantee for business, society and individuals are even greater. With the guarantee, an additional 150,000 young adults each year can obtain vocational certification and enter the German labor market as skilled laborers. This will ease pressures on the market related to skilled labor shortages and facilitate economic growth. Every individual who receives vocational training has a lower risk of unemployment. At the same time, these individuals will expect more in terms of income and benefit from increased opportunities of participation in society.

A training guarantee makes not only economic sense as a means of ensuring a skilled labor workforce, it is an important means of ensuring educational justice. A comparison of education costs underscores this point. An education beginning with primary school and ending with a qualification from public-funded training costs €85,000. Socioeconomically disadvantaged children in particular benefit from this track. These costs are considerably lower than the €120,000 price tag of an education career ending with a tertiary degree.

These are the key findings of the study, which is structured as follows: (1) The introductory chapter analyses the current data on Germany's school-to-work system. (2) The second chapter illustrates the prospects of those young adults currently within this system. (3) The conceptual framework and underlying goals of the Systematic School-to-Work Transitions initiative are explained in greater detail. (4) The fourth chapter provides an estimate of costs involved with establishing the concept. (5) The identified costs are then considered in terms of educational economics studies examining the economic impact of improved vocational training. Methodology, statistics and bibliographic resources and other materials are also provided.

Über den Autor



Prof. Dr. Klaus Klemm (Jahrgang 1942) gilt als einer der erfahrensten deutschen Bildungsforscher. Von 1977 bis 2007 hatte er einen erziehungswissenschaftlichen Lehrstuhl im Fachbereich Bildungswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen inne. Dort lehrte und forschte er in den Arbeitsfeldern „Bildungsplanung“ (Lehrerbedarfsplanung, regionale Schulentwicklungsplanung, Bildungsgesamtplanung, Bildungsfinanzierung) und „empirische Bildungsforschung“ (Arbeitszeitmodellentwicklung, Qualitätsentwicklung).

Er hat in unterschiedlichen Beratungsgremien mitgewirkt: So war er Mitglied der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Zukünftige Bildungspolitik“, des „Forums Bildung“ und des wissenschaftlichen PISA-Beirats und des Beirats für die Bildungsberichterstattung. 2010 wurde er in den Expertenkreis „Inklusive Bildung“ der Deutschen UNESCO-Kommission e. V. berufen.



Impressum

© 2012 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich:

Aline Hohbein

Gestaltung:

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildnachweis:

Thomas Kunsch, Brandenburg

Druck:

Hans Kock, Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

DOI 10.11586/2017023

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Aline Hohbein
Project Manager
Programm Lernen fürs Leben
Telefon +49 5241 81-81391
Fax +49 5241 81-681391
aline.hohbein@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de